

3/4

DIE ALTERNATIVE



100 JAHRE FRAUENTAG

Herausgegeben von



März/April 2011

Einzelheft: 1,50 Euro, Abonnement: 15 Euro

P.b.b., Verlagspostamt 1040

02Z031242 M, Kd.-Nr. 0021012558

1. Mai 2011



Aufruf zum 1. Mai

Das 1. Mai-Komitee der Unabhängigen GewerkschafterInnen ruft euch auch heuer wieder auf, zahlreich beim UG-Stand am Ring zu erscheinen, um dort die Positionen und Forderungen der UG unter das Volk zu bringen.

Her mit der Bildungsmilliarde, der Sozialmilliarde, und der Gesundheitsmilliarde!

Ort: Dr.-Karl-Renner-Ring (Endstation Straßenbahn 46, 49; U2-, U3-Station „Volkstheater“). Zeit: Ab 9 Uhr.
Andrea, Elke, Hasan, Manfred, Renate

MayDay! MayDay! Sei mit dabei, am 1. Mai!

2011 wird es wieder einen MayDay! in Wien geben. Auch, um die in den letzten Jahren neu entfachten Kämpfe gegen prekäre Arbeits- und Lebensverhältnisse – von der Uni-Brennt-Bewegung bis zu der Initiative um einen Transnationalen MigrantInnenstreiktag am 1. März – zu verbinden.

Seid vor allem mit dabei am 1. Mai, wenn es auch heuer am frühen Nachmittag wieder heißen wird: „Prekär kämpfen! Prekär tanzen!“

1. MAI: WAS TUN?

Musik, Essen, Trinken und viele Bekannte: Ab 14 Uhr das traditionelle linke Maifest der AUGÉ und der Bezirksgruppe 20 im Grünen Haus, Lindengasse 40.

Auge: BetriebsrätInnen-Weiterbildung

Kündigungsanfechtung und Beratung, mit Gerti Ölmack. Freitag, 18. März, 16 bis 20 Uhr. AUGÉ-Büro, 1040 Belvederegasse.



Konferenz 20. bis 22. Mai 2011 (Grobkonzept)

Ort:

Brunauer Zentrum, Salzburg.

Zeiten:

Freitag, 18 Uhr (Abendessen, im Anschluss allfällige UG-Säulenmeetings) bis
Sonntag, 12 Uhr (Mittagessen möglich).

Tagungen:

Freitag 19.30–21.30 Uhr
Samstag 9–18 Uhr
Sonntag 9–12 Uhr.

Anmeldungen:

Bitte rasch über die Säulen.

INHALTE

UG-Generalversammlung (ein Halbtage):

- Berichte, Wahlen Vorstand, Beschickungen in den Koordinationsausschuss;
- ausführlicher Berichtsteil: wo (in welchen Bereichen) sind wir wie stark vertreten, mit wachsender oder schrumpfender Tendenz, wo „weisse Flecken“, ...

Inhaltlicher Teil (zwei Halbtage):

- Entwicklung der Gewerkschaften in Europa und Österreich => Herausforderungen für Unabhängige GewerkschafterInnen (Susanne Pernicka, Uni Linz); Diskussion
- Überblick (Lisa Langbein, UG-Vorsitzende):
– Wer ist die UG (Säulen)?
– Wie funktioniert sie (Entscheidungsgremien, etc.)?
- Entwicklung der Unabhängigen GewerkschafterInnen in Österreich (Europa?)
- Arbeitsgruppen: Stärken–Schwächen-Analyse der UG, Konsequenzen daraus.

DIE ALTERNATIVE

IM MÄRZ/APRIL

SCHWERPUNKT „100 JAHRE FRAUENTAG“

Unser Märzentag.	Seite 4
Von Suffragetten zu Riot Grrls	Seite 6
Termine.	Seite 9
Niedriglohn	Seite 10
Gleichbehandlungsgesetz: Vertane Chance?	Seite 13

INTERNATIONAL

Wisconsin: The home of the brave	Seite 14
--	----------

GEWERKSCHAFT & BETRIEB

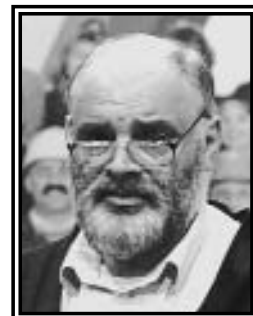
BAGS-Kollektivvertrag: Nicht mehr wert	Seite 18
Sozial Global: Heftiger Protest	Seite 19
gpa-djp: Ein weiter Weg	Seite 20
UG, UGöD, ÖGB zum Bildungsvolksbegehren	Seite 21
Wiener Krankenanstalten: Gemeinsame Wege?	Seite 22

MAGAZIN

EU: Autoritärer Kapitalismus.	Seite 24
Griechenland: Migrant in der Polizeistation	Seite 27
Wohin steuert Ägypten?	Seite 28
Wenn einer nach Bangladesh reist.	Seite 30

SPEZIAL **MUCH**

.	Seite 16
-----------	----------



EDITORIAL
von Alfred Bastecky

DIE SPINNEN, DIE RÖMER ...

Vor einigen Wochen habe ich mich hier an dieser Stelle als Befürworter einer rot-grünen Koalition für Wien geoutet – bei aller gebotenen Skepsis.

Die Skepsis war leider mehr als berechtigt. Von den Grünen hört man leider kein kritisches Wort mehr zu vielen problematischen Entwicklungen in der Stadt. Ich halte das für ein kapitaless Mißverständnis von „Koalitionstreue“ – bei allem Verständnis für die schwierige Situation als Juniorpartner in einer Koalition. Dauerstreit würde auch von den WählerInnen nicht goutiert werden. Aber gar kein Profil zeigen, kann's auch nicht sein.

Auch der zynisch „Stabilitätsbudget“ genannte Finanzplan wurde gemeinsam beschlossen. Mittlerweile erleben Gemeindebedienstete tagtäglich die Praxis des „Sparwahnsinns“ (siehe den Beitrag über den Krankenanstaltenverbund). Highlight bei den Sparmaßnahmen: keine Frühstückssemmerln mehr für die PatientInnen.

Die Personalknappheit und die Arbeitsbelastung in den Krankenhäusern – von unseren KollegInnen seit langem aufgezeigt – wird immer häufiger auch von DirektorInnen und Klinikvorständen thematisiert. Bei der hanebüchernen Erklärungen von Stadträtin und Generaldirektor, das sei nur eine temporäre Folge einer Grippewelle, droht einem „das Hirn stehen-zubleiben“.

Sparpläne beim Stadtgartenamt und in anderen Bereichen, Beschränkung bei Einkäufen im Kindergarten u.ä., werden dazu führen, dass die schweigenden Grünen keine Stimme mehr von den enttäuschten DienstnehmerInnen bekommen.

IMPRESSUM Medieninhaber, Verleger: Alternative und Grüne GewerkschafterInnen (AUGE/UG) **Herausgeber:** Unabhängige GewerkschafterInnen im ÖGB (UG/ÖGB) **Redaktion, Satz & Layout:** Alfred Bastecky (Koordination), Lisa Langbein, Franz Wohlkönig (Layout) **Alle:** 1040 Wien, Belvederegasse 10/1, Telefon: (01) 505 19 52-0, Fax: -22, E-Mail: auge@ug-oegb.at (Abonnement), alternative@ug-oegb.at (Redaktion), internet: www.ug-oegb.at, Bankverbindung: BAWAG Kto. Nr. 00110228775 **Dass namentlich gezeichnete Beiträge** nicht unbedingt der Meinung der Redaktion oder des Herausgebers entsprechen müssen, versteht sich von selbst. Titel und Zwischentitel fallen in die Verantwortung der Redaktion, Cartoons in die Freiheit der Kunst. Textnachdruck mit Quellenangabe gestattet, das Copyright der Much-Cartoons liegt beim Künstler. DVR 05 57 021. ISSN 1023-2702.

So titelte der Aufruf zum
Frauentag vor hundert Jahren. *Von Renate Vodnek.*

UNSER MÄRZENTAG

20.000 Frauen auf der Wiener Ringstraße – mit dem Slogan „Heraus mit dem Frauenwahlrecht“. Das war am 19. März 1911, als die erste große Demonstration für die Rechte von Frauen stattfand. Nicht nur in Wien, auch in der Schweiz, in Deutschland, Dänemark und den USA gingen an diesem Tag Millionen Frauen auf die Straßen und traten ein für ein allgemeines Frauenwahlrecht, bessere Arbeitsbedingungen, gleiche Löhne, Arbeitsschutzgesetze, den 8-Stunden Tag sowie für den Frieden.

Beschlossen wurde der Frauenkampftag anlässlich der II. Internationalen sozialistischer Frauen. Das Datum 19. März wurde in Anlehnung an die Ereignisse während der Revolution von 1848 gewählt, an denen viele Arbeiterinnen beteiligt waren. Das 2. Ereignis, das für den Termin Pate stand, war das Engagement der Frauen der Pariser Commune im März 1871. Zentrales Thema damals war das uneingeschränkte Frauenwahlrecht als Ausdruck für die politische Emanzipation der Frauen.

Wechselhaft war die Geschichte des Frauentags – oft nur geduldet oder sogar verboten. Begleitet von Diskussionen, ob ein eigener Tag der Frauen nötig ist. Oftmals Provokation für die Herrschenden – aber auch für die sozialdemokratischen Führungen, die Angst vor einer Aufsplitterung der Interessen der ArbeiterInnenklasse durch die Emanzipationsbestrebungen der Frauen hatten. Widerlegt durch Frauen wie Clara Zetkin, für die „der Emanzipationskampf der Proletarierinnen nicht ein Kampf gegen die Männer der eigenen Klasse (ist), sondern ein Kampf im Verein mit den Männern ihrer Klasse gegen die kapitalistische Ausbeutung“.

Am 11. Jänner 1912 traten vierzehntausend Textilarbeiterinnen in Massachusetts gegen die Arbeitsbedingungen, die geplante Senkung der Löhne sowie die Kinderarbeit in den Streik. 1921 beschloss die II. Internationale Konferenz der Kommunistinnen den Internationalen Frauentag am 8. März zu begehen – in Erinnerung an den Streik der St. Petersburger Textilarbeiterinnen am 8. März 1917. Unter dem Motto „Frieden und Brot“ wurde der Anstoß zur Feberrevolution am 12. März 1917 gelegt.

Der Frauentag wurde 1934 vom österreichischen Ständestaat und 1933 vom Nationalsozialismus in Deutschland verboten. Stattdessen wurde der Muttertag zwangsverordnet gefeiert. Nach 1945 wurden anfangs zwei internationale Frauentage begangen – der im Osten und der im Westen. In der Nachkriegszeit wurde noch darüber

nachgedacht, den Frauentag und den Muttertag zusammenzulegen – ein Zeichen dafür, wie sehr das Rollenbild der Frau als Mutter noch immer in den Köpfen der Menschen verankert war.

Seit den 70er Jahren des zwanzigsten Jahrhunderts wurde der 8. März als internationaler Frauentag wiederentdeckt, die Vereinten Nationen machten 1977 den Tag auch offiziell zum „Tag für die Frauenrechte und internationalen Frieden“.

In den letzten hundert Jahren wurden viele Forderungen umgesetzt – sei es das Frauenwahlrecht (in Österreich 1918), die Karenz (1957), die Familienrechtsreform (Stichwort „Fristenlösung“) und das Recht auf eigene Berufstätigkeit sowie Persönlichkeitsentwicklung der Frau, (beides 1975). Nach einem viertägigen Streik von 150.000 MetallarbeiterInnen für die Anhebung der Löhne und die Abschaffung der Frauenlohngruppen gelang 1962 die Streichung der Frauenlohngruppen aus dem Kollektivvertrag der metallerzeugenden und -verarbeitenden Industrie. 1982 ratifiziert Österreich die UN-Konvention zur Beseitigung jeder Diskriminierung der Frau. Andere Rechte wurden zwischenzeitlich zwar umgesetzt, mittlerweile aber wieder aufgeweicht – wie der 8-Stunden Tag, die 40-Stunden Woche, oder aber die Wiedereinführung der Studiengebühren, die gerade Frauen den Zugang zu höherer Bildung erschweren.

Etlliche Forderungen sind heute nach wie vor genauso aktuell wie damals – zum Beispiel gleicher Lohn für gleiche Arbeit, Aufweichen veralteter Rollenbil-



RENATE VODNEK
IST PSYCHOLOGIN
UND GEWERKSCHAFTS-
AKTIVISTIN.



Heraus mit dem Frauenwahlrecht **FRAUEN-TAG!**

der, Gleichberechtigung und gleiche Rechte in allen Belangen.

Unbestritten ist, dass Frauen vielfach in prekären Arbeits- und Lebensbedingungen leb(t)en. Nach wie vor verlaufen Bildungs- und Ausbildungswege unterschiedlich: die Ausbildung von Frauen konzentriert sich in einigen wenigen „typischen“ Lehrberufen. Dadurch konzentriert sich Frauenarbeit weitgehend auf den Dienstleistungssektor – Arbeitsfelder, die zumeist deutlich geringer entlohnt werden als technisch- oder produktionsorientierte Bereiche, in denen Frauen so gut wie nicht vertreten sind.

In diesem Zusammenhang muss auf die problematische Entwicklung von atypischen Beschäftigungsformen hingewiesen werden, wie der geringfügigen Beschäftigung, von der Frauen in besonderem Ausmaß betroffen sind. 39 Prozent aller Frauen sind Teilzeitbeschäftigte und 89 Prozent aller Teilzeitbeschäftigten sind Frauen.

Frauen verdienen nach wie vor weniger als Männer – im Schnitt lediglich 60 Prozent des mittleren Einkommens – und werden selbst für die gleichwertige Arbeit geringer entlohnt. Es existieren noch immer Kollektivvertragslöhne, wie zum Beispiel die der Handelsangestellten, die unter 1000 Euro brutto liegen. Diese Differenz setzt sich logischerweise in der Pension fort: die Männerpensionen sind durchschnittlich um 47 Prozent höher. Der derzeitige Medianwert (ist der Wert, bei dem jeweils 50 Prozent mehr und 50 Prozent weniger verdienen) der Frauenpensionen liegt 2008 bei 722 Euro, bei Männern bei 1527 Euro. Das wird sich in Zukunft durch die „Pensionsreform“ noch verschlechtern, nach der nicht mehr die besten 15 Jahre, sondern die gesamte Lebensarbeitszeit als Grundlage der Pensionsberechnung genommen wird. Aus einem Bericht heimischer Nichtregierungs-Organisationen 2007 geht hervor, dass Frauen

ein weitaus höheres Risiko haben, unter die Armutsgrenze von derzeit 765 Euro zu rutschen. Über 800.000 Frauen und damit 20 Prozent der Frauen leben an oder unterhalb der Armutsgrenze.

Weiters besteht die Gefahr, dass die Unternehmens- und Bankenunterstützungen aus Steuergeldern von heute die Kürzungen von morgen sind. Zusätzlich werden durch fehlende oder geringere Beiträge auch die Töpfe der Arbeitslosenversicherung, Krankenkassen und Sozialversicherungen ausgehungert. Damit wird sich auch in Zukunft die Schere zwischen Arm und Reich nicht schließen. Derzeit sind, laut dem 2. Armuts- und Reichtumsbericht für Österreich 2008, mehr als eine Million Menschen (13 Prozent der Bevölkerung) von Armut betroffen. Während die Einkommen im untersten Einkommensdrittel in den letzten 10 Jahren um insgesamt 9 Prozent gestiegen sind, wuchsen diese im obersten Einkommensdrittel um über 40 Prozent. Selbständigeneinkünfte und Bruttobetriebsüberschüsse stiegen absolut um das Sechsfache seit 1976. Um dem weiteren Auseinanderklaffen der Gehaltsschere und der drastisch steigenden Armut effektiv entgegenwirken zu können, sind neben einer allgemeinen Arbeitszeitverkürzung (bei vollem Lohnausgleich), einer Anhebung der Mindestlöhne, einer Umwandlung prekärer Beschäftigungsverhältnisse in reguläre Beschäftigungsformen vor allem Investitionen in die soziale Infrastruktur, neue Regeln für Finanzmärkte sowie die Einführung von Vermögenssteuern nötig.

Damals wie heute ist es nötig, dass Frauen für ihre Rechte auf die Straße gehen. 20.000 Frauen auf der Wiener Ringstraße – am 19. März 2011 und jedes Jahr am 8. März! Gemeinsam verloren gegangene Rechte wieder erkämpfen und für Gleichberechtigung und gleiche Rechte eintreten.

„Frau zu sein, darf kein Leben in Benachteiligung nach sich ziehen. Als Frau zu leben heißt, andere Vorstellungen von der Welt zu haben als die Herrschenden.“

Die drei Wellen der Frauenbewegung.
 Von Judith Goetz.

VON SUFFRAGETTEN ZU RIOT GRRRLS

Die historische Entwicklung der Frauenbewegung bis heute wird in drei so genannte „Wellen“ eingeteilt.

DIE ERSTE, ...

Historisch gesehen wird die erste Welle der modernen Frauenbewegung oder Frauenrechtsbewegung ungefähr Mitte des 19. bis Anfang des 20. Jahrhunderts angesetzt. In diesem Zeitraum können unterschiedliche Strömungen der Bewegung festgemacht werden, zu denen die sozialistische beziehungsweise proletarische Frauen-

Flügeln der Frauenbewegung, dem bürgerlichen und dem proletarischen.

In diesem Sinne meint sie beispielsweise: „verlangten die bürgerlichen Frauen das Recht auf (angemessene) Arbeit, suchten die proletarischen Frauen Schutz vor zuviel Arbeit. War die Idee der bürgerlichen Frauen die, dass die „soziale Weltordnung erst ins Gleichgewicht gebracht werden“ konnte, „wenn Frauen verantwortlich mitdenken und mithandeln“, vollzog die proletarische Frauenbewegung ideologisch und praktisch den Trennstrich zwischen Arbeiterinnen, die nach sozialer Gleich-

berichtigung und Aufhebung der Klassen zu kritisieren. Kennzeichnend für diese Zeit sind einerseits die Forderungen nach politischer Gleichberechtigung (aktives sowie passives Wahlrecht, politische Partizipation) und andererseits die Reklamation des Rechts auf Berufstätigkeit und Bildung (Zugang zu den Universitäten).

Diese Forderungen standen in Europa im Hintergrund der französischen Revolution, während sie in den USA ihre Ursprünge in der Anti-Sklavereibewegung nahmen, da unschwer zu erkennen war, dass weder die BürgerInnenrechte von AfroamerikanerInnen noch jene von Frauen denen weißer Männer entsprachen.

Kate Millet (1971, Seite 96) wiederum beschreibt die Bewegung in den USA folgendermaßen: „Die Abolitionsbewegung gab den amerikanischen Frauen die erste Gelegenheit zu politischer Aktion und Organisation. In den Vereinigten Staaten, wo die Frauenbewegung entstand und wo sie auf die anderen westlichen Länder übergriff und weit über die westliche Welt hinaus, spornte die Abschaffung des Sklaventums auch die Emanzipation der Frauen an.“

In den USA wurde bereits im Jahre 1848 die „Seneca Falls Declaration“ verabschiedet, die sich an die Unabhängigkeitserklärung anlehnte und sich für Frauenrechte, wie Wahl-, Ehe- und Besitzrechte, einsetzte. Zu den bekanntesten Frauenfiguren dieser Bewegung zählte unter anderem Clara Zetkin, deren Bedeutung Menschik in ihrem Werk mehrfach betont.



bewegung ebenso zählen, wie die bürgerlich-liberalen und bürgerlich-radikalen Ausrichtungen jener Bewegung. Jutta Menschik spricht in der Einleitung „Die Anfänge – Bewegung und Rückschritt“ zu ihrem bekannten Werk „Grundlagentexte zur Emanzipation der Frau“ (1980, Seite 22) nur von zwei

sozialistisch orientierten Frauenbewegung teilten, muss auch zwischen bürgerlich-radikalen und bürgerlich-liberalen Zugängen unterschieden werden. So waren es in erster Linie letztgenannte, die lediglich die Arbeits- und Bildungsmöglichkeiten von Frauen verbessern wollten, ohne dabei die patri-

ZWEITE UNDE ...

Die zweite Welle der Frauenbewegung wird ungefähr ab den 1960er Jahren angesetzt. Mit der Reklamation, dass das Private politisch sei, weitete sie die Forderung nach Gleichberechtigung auf die Ebene des Privaten aus und manifestierte unterschiedliche theoretische Ansätze des Feminismus. Als Hintergrund der zweiten Welle der Frauenbewegung, in den USA bekannt als „Women's Liberation Movement“, werden oftmals die gesellschaftlichen und sozialen Veränderungen in den 1960er Jahren, mit ihrem Höhepunkt 1968 beziehungsweise den sozialen Protesten rund um den Vietnamkrieg, der damit verbundenen Hippiebewegung, aber auch im Zusammenhang mit der BürgerInnenrechtsbewegung, festgemacht.

Ursula Linnhoff meint beispielsweise: „Die amerikanische Frauenbewegung – Women's Liberation Front – kann nur verstanden werden, wenn man sich vor Augen führt, dass sie sich Ideen- und Aktionsformen des radikaleren und militanteren Teils der amerikanischen Bürgerrechtsbewegung zu eigen macht.“ (1975, Seite 17). Dadurch, dass sich die in jener Bewegung befindenden Frauen mit einer unterdrückten Minderheit solidarisierten, wurden sie sich ihrer eigenen Unterdrückung bewusst und begannen, diese zunehmend zu thematisieren. So kommt es, dass Linnhoff auch meint, dass sich in vielen Forderungen der modernen Frauenbewegung beziehungsweise jenen der Radikal-Feministinnen, Argumente der Black-Power-Bewegung wieder finden lassen würden. „Von der Black-Power-Bewegung übernahmen die radikalfeministischen Frauen den kulturellen schwarzen Nationalismus, den sie geschlechtsspezifisch umformu-

lierten.“ (1975, Seite 19). Dazu zählen unter anderem die Konzentration auf und die Solidarität mit dem eigenen Geschlecht („Rasse“), die Lösung des Abhängigkeitsverhältnisses von Män-

dentInnenbewegung als richtungsweisend, welche sich in Gruppen organisierte und die Auffassung hatte, dass „man im Prozess der gesellschaftlichen Veränderung den Umwandlungen an



lierten (Weißen), die Bildung eines eigenen weiblichen (schwarzen) Bewusstseins bzw. einer Identität etc.

Wie auch andernorts weigerten sich linke US-amerikanische Gruppierungen oder Parteien, so auch die kommunistische, sich mit den Anliegen der Frauenbewegung auseinanderzusetzen. In der Frauenbewegung konnten sich auch autonome Frauengruppen bilden, welche laut Ursula Linnhoff (1975, Seite 8) „ihre politischen Impulse aus drei verschiedenen ideologischen Lagern“ beziehen, zu denen einerseits das Gedankengut der bürgerlichen beziehungsweise sozial-liberalen Frauenbewegung gehörten, welche „auf legalistischem Wege die völlige Gleichberechtigung der Frau mit dem Manne“ durchsetzen will.

Andererseits erkennt sie auch das Gedankengut der linken beziehungsweise sozialistisch-marxistischen Stu-

der materiellen Basis nicht einseitig den Vorrang vor der Veränderung des menschlichen Bewusstseins geben kann.“ Nach wie vor ließen sich in der zweiten Frauenbewegung auch die Diskrepanzen zwischen den sozialistisch gesinnten Feministinnen, die es sich zur Aufgabe machten, sich auch mit den Problemen der Arbeiterinnen etc. auseinanderzusetzen und den radikaleren Feministinnen finden, die unter Klassenkampf lediglich jenen verstanden, der zwischen Männern und Frauen stattfand. Aber auch eine erste Lesbenbewegung fasste zu diesem Zeitpunkt in den USA Fuß und so ließen sich in der neuen Frauenbewegung auch radikale Lesben finden.

Die Unterschiede der zweiten Frauenbewegung zeigten sich unter anderem auch in den unterschiedlichen theoretischen Ansätzen der Herrschafts- und Patriarchatsanalysen, die zu dieser Zeit publiziert wurden und unter dem Begriff „Feministische Theorie“ zusammengefasst werden können. Von Bedeutung scheinen auch die Anhängerinnen des Radikal-Feminismus, die die „Unterdrückung der Frau als die fundamentalste politische Unterdrückung überhaupt [einschätzen], die Frauen, basierend auf der Geschlechtsdefinition „weiblich“, als niedere Klasse bestimmt“ (New York

Frauenpower

Ab 3. März gibt es zum Frauentag eine Ausstellung im Volkskundemuseum, zu der es zwei Spezialführungen gibt.

- KIV: Eine Führung mit unserer Kollegin aus der GdG-KMSfB, Ulli Fuchs, gibt es am Donnerstag, 17. März um 16 Uhr. Verbindliche Anmeldungen dazu bitte im KIV-Büro (01) 216 52 72.
- AUGÉ: Führung am Freitag, 8. April, 16 Uhr, auch mit Ulli Fuchs. Dauer: Etwa zwei Stunden mit anschließender Jause.

Bitte umblättern



Radical Feminists, 1972; zitiert nach Linnhoff: 1975, Seite 22).

In der selben Schrift verdeutlicht jene Gruppe, der auch Firestone angehörte, dass sie nicht der Meinung sind, dass „der Kapitalismus oder irgendein anderes ökonomisches System der Grund für weibliche Unterdrückung ist, und ... dass die weibliche Unterdrückung [nicht] mit einer rein ökonomischen Revolution verschwinden wird.“ Der Klassenkampf verliert demnach an Bedeutung und ihre Kritik richtet sich in erster Linie gegen das Patriarchat und seine Institutionen und Strukturen. Einen ganz besonderen Ansatz dieses Flügels der Frauenbewegung in den USA stellte der von Kathie Sarachild geprägte Begriff des „Consciousness Raising“ dar, der versucht, Frauen ihre Unterdrückung und konditionierte Rolle in der Gesellschaft über Seminare und andere Formen des Aktionismus bewusst zu machen. Die „New York Radical Feminists“ meinten darin „einen Ansatz zur Entwicklung einer spezifisch weiblichen Kultur“ zu erkennen. Juliet Mitchell zufolge, würde es sich jedoch lediglich um eine beschreibende und kaum analytische Theorie handeln, die vor allem auf weiblichen Instinkt aufbaut und im Rahmen der konkreten Erfahrung stecken bleibt.

... DRITTE WELLE

Heute wird ab den 1990er Jahren oftmals eine dritten Welle beziehungsweise Third Wave der Frauenbewegung festgemacht, die ebenfalls in den USA rund um Figuren wie Judith Butler ihren Ursprung hatte. Ihr Hauptanlie-

gen ist es, traditionelle Konzepte vor allem in Hinblick auf Geschlecht, Geschlechtsidentität, (Hetero-)Sexualität, Begehren etc. zu überdenken und deren konstruierten Charakter zu betonen. Nicht zuletzt kann diese Bewegung auch als eine Reaktion auf den immer stärker werdenden antifeministischen Backlash gesehen werden, der unter anderem versucht, feministische Anliegen mit der Behauptung zu delegitimieren, dass alle Ziele erreicht wären und er somit obsolet geworden sei. Diese Tendenzen werden auch von einer Generation junger Frauen verstärkt, denen es nicht nur an feministischem Bewusstsein fehlt, sondern die dieses auch zunehmend als nicht mehr zeitgemäß betrachten.

Gleichzeitig gibt es natürlich auch junge Frauen, die die fortwährende Ungerechtigkeit und Diskriminierung von Frauen erkennen und Änderungen dieser Verhältnisse zu ihren vorrangigen politischen Zielen erklären. So entstand beispielsweise auch die Riot Grrl-Bewegung in den USA als feministische subkulturelle Bewegung, die versuchte auf die männliche Dominanz in der Musikszene hinzuweisen und sich innerhalb dieser Raum zu schaffen, um feministischen Forderungen, wie u.a. jener nach Gleichberechtigung, Gehör zu verleihen. Ausgehend von einer Kritik am Eurozentrismus und „Critical Whiteness“ wird in der dritten Welle

der Frauenbewegung außerdem der Versuch gestartet, Minderheiten in die theoretischen Konzepte mit einzubeziehen und Ausschlussmechanismen zu überdenken. Auf diese Art und Weise werden auch Anliegen der zweiten Welle fortgesetzt und deren Fehler thematisiert und bearbeitet beziehungsweise aufgearbeitet.

Literatur:

Linnhoff, Ursula (1975): Die neue Frauenbewegung. USA-Europa seit 1968; K&W.
 Menschik, Jutta (1980): Grundlagen der Emanzipation der Frau; Pahl-Rugenstein.
 Millett, Kate (1971): Sexus und Herrschaft. Die Tyrannei des Mannes in unserer Gesellschaft; Desch.



Aus dem Aufruftext zum 8. März 2011, Treffpunkt 17 Uhr, Christian-Brodaplatz, 1060 Wien

FRAUEN, GEMEINSAM VERÄNDERN WIR DIE WELT UND UNS SELBST

Wir wissen, dass wir uns – trotz aller Unterschiede – nicht spalten lassen dürfen, wollen wir als gemeinsame Bewegung Kraft entfachen. Für uns gilt, was schon Audre Lorde, eine afroamerikanische Feministin, 1984 sagte: „Ich bin nicht frei, solange eine einzige Frau unfrei ist, auch wenn sie ganz andere Ketten trägt als ich.“

Frau zu sein, darf kein Leben in Benachteiligung nach sich ziehen. Als Frau zu leben heißt, andere Vorstellungen von der Welt zu haben als die herrschenden.

Wir wollen in einer Welt leben, in der

- Frauen selbstverständlich und in allen Bereichen von Gesellschaft und Politik mitentscheiden
- Frauen und Männer gleich viel Geld und Macht besitzen
- Frauen nicht auf unsere Körper und unsere Rolle als Mütter reduziert werden
- Mutterschaft keine Armutsfalle ist
- Frauen nicht so arm gehalten werden, dass sie gezwungen sind, unwürdige Abhängigkeiten und gesundheitsschädigende Arbeitsbedingungen einzugehen
- Mädchen und Frauen ihre Geschichte kennen und über die Leistungen anderer Frauen Bescheid wissen
- alle Menschen uneingeschränkter Zugang zu Bildung haben und Lebens- und Arbeitsverhältnisse bestehen, die dies ermöglichen.

Wir wollen in einer Welt leben, in der

- Frauenarbeit gleich viel wert ist wie Männerarbeit und unbezahlte Arbeit nicht automatisch Sache von Frauen ist
- Frauen und Männer in gleichen Maßen für Erwerbseinkommen, Kindererziehung, Haus- und Pflegearbeit Verantwortung übernehmen und sich die gesamte Gesellschaft für das Wohl aller Kinder zuständig fühlt
- alle Menschen das Recht auf eine gesicherte Existenz haben
- drohende Arbeitslosigkeit nicht als Erpressungsmittel verwendet werden kann und in der arbeitsrechtliche Standards eingehalten werden
- alle genug Zeit haben, sich zu erholen, ihr intellektuelles und kreatives Potential zu entfalten und ihre Beziehungen zu leben
- Mensch-Sein nicht nur bedeutet, zu funktionieren oder zu konsumieren.

Wir wollen in einer Welt leben, in der

- Frauen vor Männergewalt geschützt sind
- Frauenkörper nicht als Objekte in der Werbung verwendet werden
- Frauen nicht unablässig dem Diktat der Schönheits- und Modeindustrie ausgesetzt sind
- wir lieben dürfen, wen wir wollen und zusammenleben können, mit wem wir wollen, ohne dadurch benachteiligt zu werden
- in der niemand unser Recht in Frage stellt, selbst darüber zu entscheiden, ob und wie viele Kinder wir gebären wollen.

Wir wollen in einer Welt leben in der

- Bildung, Kunst und Kultur als menschliche Grundbedürfnisse verstanden werden, zugänglich allen Menschen unabhängig von Geschlecht, Hautfarbe, Alter, geographischer und sozialer Herkunft
- die patriarchale Kulturgeschichte im Bildungs- und Kunstbereich kritisch bearbeitet und umgeschrieben wird
- zeitgenössischer Kunst zumindest gleich viele Ressourcen zugestanden werden wie traditioneller Kunst, um Künstlerinnen und Kulturarbeiterinnen Zugang auf allen Ebenen zu ermöglichen.

Wir wollen in einer Welt leben, in der

- Angehörige aller Kulturen selbstverständlich respektiert werden und Rassismus und Abwertung anderer Kulturen nicht stattfinden dürfen
- die Frauen = Menschenrechte eingehalten werden und deren Kenntnis zum Anforderungsprofil für die Tätigkeit als PolitikerIn gehört
- Menschen vor Diskriminierung und Verhetzung und der daraus folgenden politischen Praxis von Schubhaft, Ausweisung und Abschiebung geschützt sind
- das Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkünfte als Bereicherung erlebt und niemand illegalisiert wird.

Wir wollen in einer Welt leben, in der

- Waffenproduktion, Kriege und Überfälle auf andere Länder der Vergangenheit angehören
- nicht alle drei Sekunden ein Kind stirbt, weil die Länder des Nordens seit Jahrhunderten jene des Südens ausplündern
- die Profitinteressen von multinationalen Großkonzernen und der Finanzwirtschaft nicht unser aller Leben bestimmen
- unser Leben kein Spielball der Schwankungen von Wirtschaftswachstum und Börsenkursen ist
- internationale Solidarität gelebt wird
- alles getan wird, um dem Klimawandel entgegenzuwirken und mit den Ressourcen der Erde schonend und sparsam umzugehen.

Damit diese Welt mehr zu unserer wird, gehen wir gemeinsam auf die Straße und rufen alle Frauen dazu auf, sich zu beteiligen.

Setzen wir gemeinsam ein Signal für Frauenrechte! Eine andere Welt ist möglich!

Aufruf der Vorbereitungsplattform „100 Jahre Internationaler Frauentag“, www.20000frauen.at.



29,6 Prozent der unselbständig Erwerbstätigen gehören mittlerweile zu den „Atypisch Beschäftigten“. Und: atypisch Beschäftigte sind deutlich häufiger von Niedriglohn betroffen, als „Normalarbeitende“. Welch' Überraschung: Frauen sind bei beiden Phänomenen deutlich überrepräsentiert! 100 Jahre Frauentag ... *Von Klaudia Paiha.*

NIEDRIGLOHN

Wie wir zumindest schon geahnt hatten, Tamara Geisberger und Käthe Knittler haben es in den Statistischen Nachrichten wissenschaftlich in Zahlen gegossen und die – beunruhigende – Tendenz sichtbar gemacht: Von den 3,5 Millionen unselbständig Erwerbstätigen in Österreich sind 18 Prozent ausschließlich in Teilzeit und weitere 12 Prozent in anderen atypischen Arbeitsverhältnissen beschäftigt (Basis: Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung 2009) – Frauen jeweils weit stärker betroffen als Männer. Das heißt, etwa ein Drittel aller Beschäftigungsverhältnisse in Österreich und beinahe die Hälfte (!) aller Beschäftigungsverhältnisse von Frauen sind von Instabilität gekennzeichnet, arbeits- und sozialrechtlich nicht ausreichend abgesichert und zu einem grossen Teil auch nicht existenzsichernd (siehe Grafik „Unselbständig Erwerbstätige nach Beschäftigungsform in der Haupttätigkeit“).

Und die Tendenz ist massiv steigend: während noch bis 2008 alle Beschäftigungsformen mehr oder weniger zugenommen haben, gingen 2009 die Normalarbeitsverhältnisse zurück und Teilzeitarbeit, geringfügige Beschäftigung und Befristungen wuchsen überdurch-

schnittlich (siehe Grafik „Entwicklung atypischer Beschäftigung in der Haupttätigkeit“). Gemessen an den unselbständig Beschäftigten in Österreich weist 2009 die Teilzeitarbeit (mit mehr als zwölf Wochenstunden) mit 24,5 Prozent – also knapp ein Viertel aller Beschäftigungsverhältnisse – den grössten Anteil auf und ist mit 85 Prozent Frauenanteil eine Frauendomäne. Aber auch in beinahe allen anderen atypischen Beschäftigungsformen überwiegen die Frauen: bei den geringfügig unselbständig Beschäftigten und Befristungen – insgesamt 345.000 Personen – mit einem Anteil von 76 beziehungsweise 53 Prozent, bei freien Dienstverträge mit 56 Prozent. Einzig bei Leih- beziehungsweise Zeitarbeit überwiegen die Männer (67 Prozent), wobei aber Frauen bereits ein gutes Drittel ausmachen (siehe Tabelle „Atypische Beschäftigung gemessen am Anteil an unselbständig Beschäftigten in Österreich 2009“).

Atypische Beschäftigung in Österreich ist aber nicht alleine mit Arbeitsplatz- und Einkommensunsicherheit verbunden, sondern auch noch mit niedrigerer Bezahlung. Eh klar, wird sich so manche denken: weniger Arbeitszeit – weniger Lohn. So ist es aber bei weitem nicht: selbst gemessen an den Stundenlöhnen wird atypische Beschäftigung niedriger entlohnt als Normalarbeit – und bei Frauen noch einmal schlechter als bei Männern. So liegt der Anteil an Niedriglohnbeschäftigung bei Normalarbeit bei 8,7 Prozent, während er bei atypischer Beschäftigung bei 27 Prozent liegt, also gut drei mal so hoch (Basis: Verdienststrukturerhebung 2006).

NIEDRIGLOHN HAT EIN GESCHLECHT

Aber was heißt überhaupt „Niedriglohn“? Als relative Niedriglohnschwelle werden zwei Drittel des Medianlohnes bezeichnet (Medianlohn ist jener Wert, unter beziehungsweise über dem jeweils die Hälfte der Beschäftigten liegt), im Jahr 2006 also 7,62 Euro brutto pro Stunde beziehungsweise 1325 Euro brutto monatlich (14mal im Jahr bei 40 Wochenstunden). Während insgesamt „nur“ 7,4 Prozent der Männer zu den Niedrigverdienenden gehören, sind es mehr als drei mal so viele Frauen, nämlich 24,2 Prozent. Ist eine Frau auch atypisch beschäftigt, steigt ihr Risiko dramatisch, auch noch schlechter bezahlt zu werden (siehe Tabelle „Anteil der Niedriglohnbeschäftigung“).

Alles nur eine Frage der Zeit? Heutzutage, für junge Frauen, schaut die Situation schon viel besser aus? Weit gefehlt! Bei Jugendlichen ist der Anteil der Niedriglohnbeschäftigten besonders hoch: Während er bei den Männern aber verstärkt auf den Einstieg in das Erwerbsleben konzentriert ist, bleibt er bei den Frauen auf relativ hohem Niveau bestehen – unabhängig vom Bildungsgrad: Frauen mit einer abgeschlossenen Lehre waren rund vier mal so oft, mit Abschluss von Universität oder Fachhochschule immer noch doppelt so stark von Niedriglohn betroffen, wie ihre männlichen Kollegen (siehe Grafik „Anteil der Niedriglohnbeschäftigten nach Altersgruppen“).

Bitte auf Seite 12 weiterlesen



KLAUDIA PAIHA
IST BUNDESPRECHERIN
DER AUGE/UG UND
MITGLIED DES
KOORDINATIONS-
AUSSCHUSSES DER UG.

Anteil der Niedriglohnbeschäftigung

	Insgesamt	Normalarbeit	Atypisch gesamt	ausschl. Teilzeit	Befristung	geringf. Beschäftigte	Leiharbeit
Gesamt Österreich	14,1	8,7	27,0	23,6	27,0	49,4	10,2
Männer	7,4	5,1	20,7	19,6	19,0	42,5	7,7
Frauen	24,2	18,2	29,7	24,4	35,5	52,9	19,1

Quelle: Statistik Austria; Datenbasis: Verdienststrukturerhebung 2006 (unselbständig Beschäftigte in Unternehmen mit zehn und mehr Beschäftigten in Produktion und Dienstleistung, ohne öffentliche Verwaltung).

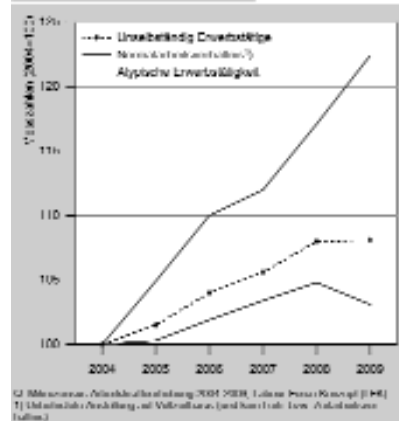
Atypische Beschäftigung*)

	Prozent	Personen	Frauenanteil
Teilzeit (> 12-36 Std.)	24,5	866.000	85 Prozent
Befristungen	5,3	188.000	53 Prozent
geringfügig Beschäftigte	4,4	157.000	76 Prozent
Leih-, Zeitarbeit	1,8	65.000	33 Prozent
Freie Dienstverträge	1,5	54.000	56 Prozent

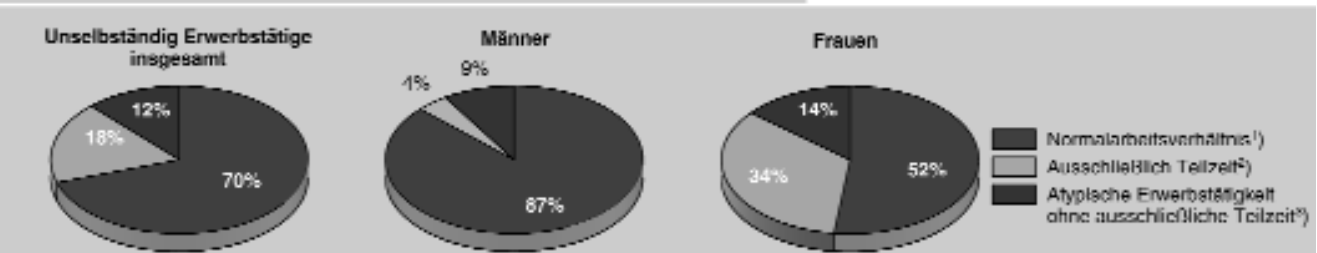
*) gemessen am Anteil an unselbständig Beschäftigten in Österreich 2009.

Quelle: Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung, Statistik Austria; Teilzeit = Selbstuordnung nach Befragung

Entwicklung atypischer Beschäftigung in der Haupttätigkeit

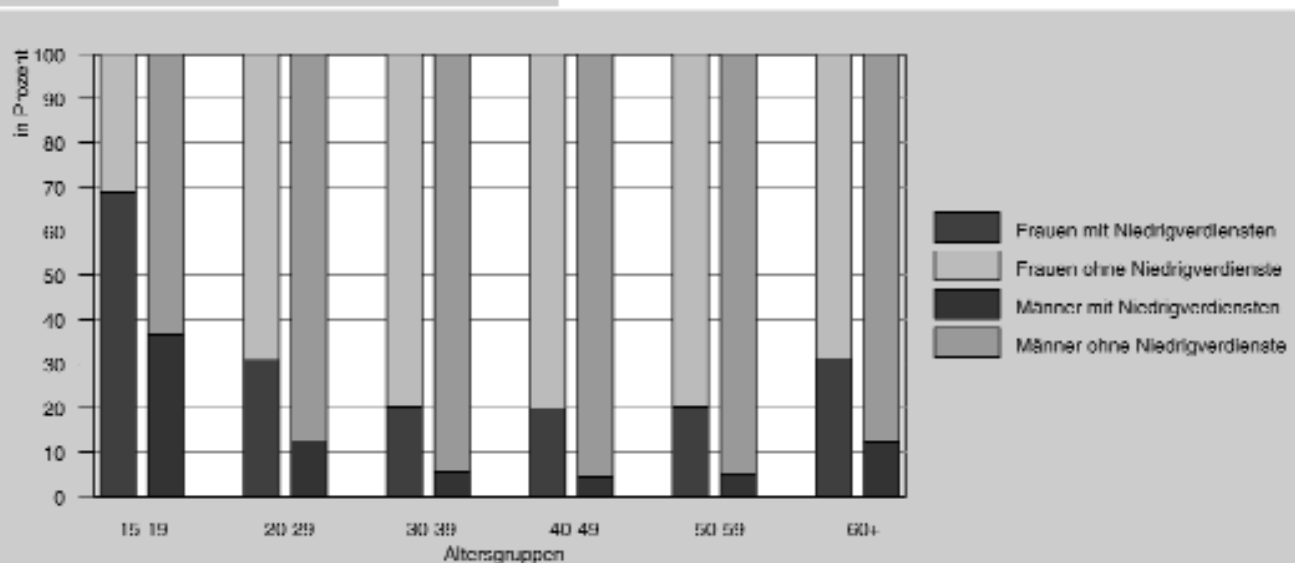


Unselbständig Erwerbstätige nach Beschäftigungsform in der Haupttätigkeit 2009



Quelle: Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung 2009, Labour Force Konzept (LFK). 1) Unbefristete Anstellung auf Vollzeitbasis (und kein Leih- bzw. Zeitarbeitsverhältnis). 2) Alle unselbständig Erwerbstätigen, die ausschließlich aufgrund ihrer Teilzeiterwerbstätigkeit atypisch beschäftigt sind. 3) Atypisch Erwerbstätige auf die zuzurechnen eine atypische Beschäftigungsform außer der Teilzeitarbeit zutrifft.

Anteil der Niedriglohnbeschäftigten nach Altersgruppen



Quelle: Verdienststrukturerhebung 2008 - Unselbständig Beschäftigte in Unternehmen mit zehn und mehr Beschäftigten im Produktions- und Dienstleistungsbereich (Abschnitte C-K, M-O der UNACE 2008); ohne Lehrlinge. - Niedriglohnschwelle bei zwei Drittel des Medians vom Bruttostundenverdienst (= 7,65 EUR).

ug-oegb.at

auge.or.at

kiv.at

ugood.at

ug-vida.at

we4you-
ug.at

So wundert es auch nicht weiter, wenn eine jüngst veröffentlichte Studie der Stadt Wien zum „Erwerbspotenzial in der Sozialhilfe“ feststellt, dass eine grosse Gruppe von SozialhilfebezieherInnen (40 Prozent) immer wiederkehrt, da ihre nachhaltige Integration am Arbeitsmarkt durch prekäre Beschäftigungsverhältnisse und/oder ihre persönliche Situation nicht möglich ist. Bemerkenswert ist dabei die Tatsache, dass jene, die aufgrund „prekärer Biografien“ (atypische Beschäftigung) zu SozialhilfeempfängerInnen wurden, vielfach Personen mit höherer Ausbildung sind. Also: auch gute Ausbildung schützt nicht vor Armut – insbesondere nicht Frauen ...

... UND ES GEHT NOCH SCHLECHTER...

Die negative Nachricht angesichts 100 Jahre Frauentag: die Situation wird schlechter statt besser.

So vermutet der Frauenbericht 2010 (Seite 441 ff), dass die „Novelle des Arbeitszeitgesetzes 2007, die in erster Linie auf ein noch höheres Maß an Arbeitszeitflexibilität abzielt, den Gegensatz zwischen de facto kurzer Teilzeitarbeit für Frauen und langer Vollzeitarbeit für Männer noch verschärfen“ wird. Auch hinsichtlich der Bemühungen um sozial- und arbeitsrechtliche Verbesserungen für atypisch Beschäftigte der vergangenen Jahre haben die Autorinnen eine schlechte Botschaft: „Trotz dieser Verbesserungen besteht weiterhin ein grundsätzliches Problem, denn die Einbeziehung erfolgte in ein System, das kontinuierliche Erwerbsverläufe mit einem mittleren bis hohen Einkommen begünstigt“. Die Autorinnen Ingrid Mairhuber und Ulrike Papouschek meinen sogar, dass die Reformen der letzten Jahre „die soziale Sicherheit noch mehr an die „männliche“ Normalbiografie geknüpft“ und „den Ausschluss von atypisch Beschäftigten, und damit von Frauen, strukturell sogar gefestigt“ hätten.

So wurden etwa bei der Arbeitslosenversicherung seit 1993 die Anspruchsvoraussetzungen durch mehrmalige Anhebung der notwendigen Beschäftigungszeiten innerhalb eines bestimmten Zeitraumes (Anwartschaft) stetig erhöht und die Leistungen (Arbeitslosengeld und Notstandshilfe) laufend

reduziert, während gleichzeitig die „Zumutbarkeit“ (Qualifikation, Arbeitszeit, Einkommen, Stabilität, Wegzeit, ...) einer angebotenen Arbeit umso weiter ausgelegt wurde, je länger die Erwerbslosigkeit dauert und die Sanktionen verschärft wurden. Ebenso schreiben die diversen Pensionsreformen, die eine immer stärkere Orientierung an die „männlichen“ Normalbiografie brachten (40-jährige durchgehende Vollzeit-erwerbstätigkeit, mittleres bis hohes Einkommen), die Diskriminierung von Frauen strukturell fest.

Durch ihre diskontinuierlichen Erwerbsverläufe und niedrigen Einkommen reichen die eigenen Pensionsansprüche von Frauen meist nicht zur Existenzsicherung aus und führen de facto dazu, dass sie meist erst als Witwen eine Pension in Höhe der Ausgleichszulage haben.

Auch die erwähnte Studie „Erwerbspotenzial in der Sozialhilfe“ stellt fest, dass der Anstieg an SozialhilfebezieherInnen „ein Alarmzeichen für die Brüchigkeit des vorgelagerten ersten sozialen Sicherungssystems (zum Beispiel Arbeitslosenversicherung)“ ist, das „zunehmend nur unzureichend die neuen Risiken abdeckt“ und kommt zu dem Schluss, dass „viele der durch den gesellschaftlichen Wandel verursachten Probleme in der Sozialhilfe sichtbar werden, ohne dort jedoch ausreichend gelöst werden zu können“.

100 JAHRE FRAUENTAG

Etliche männliche Gewerkschaftskollegen unterstützen die Frauen in ihren Forderungen und werden bei den Demonstrationen mitmarschieren. Wie kommt es dann aber, dass bei diesem Einsatz unserer Kollegen, bei diesem Interesse an einer Verbesserung unserer „weiblichen“ Situation die Dinge so sind, wie sie sind?

Sind es nicht die gleichen Kollegen – nicht alle von ihnen, aber doch einige –, die die Kollektivverträge aushandeln, die „sozialpartnerschaftlich“ am aktuellen Arbeitszeitgesetz, der Arbeitslosenversicherung und den Pensionsreformen beteiligt waren? Also, was sollen wir von ihrer solidarischen Unterstützung halten?

VERTANE CHANCE?

Ein wesentlicher Punkt betrifft die Offenlegung der Gehälter: Unternehmen ab tausend

Beschäftigten müssen die Durchschnittseinkommen von Frauen und Männern betriebsintern offen legen, die kleineren Unternehmen folgen bis 2014 (ab hundertfünfzig ArbeitnehmerInnen). Während hier bei Nichtbefolgung für Arbeitgeber keine Sanktionen vorgesehen sind, gibt es für ArbeitnehmerInnen, die öffentlich über die anonymisierten Durchschnittsgehälter plaudern, Verwaltungsstrafen.

Diese wurden zwar letztlich von 1500 Euro auf 360 Euro gesenkt, im Gegenzug wurden aber die geplanten Verschärfungen gegen Diskriminierungen („Leveling up“) nicht umgesetzt. Dabei ging es darum, dass niemandem eine Dienstleistung wegen dessen Geschlecht, Alter, Weltanschauung, sexueller Orientierung oder Religion verwehrt werden darf. KritikerInnen bemängelten darin eine Einschränkung der Vertragsfreiheit für VermieterInnen und Geschäftsleute. Auch in Stellensinseraten muss von Firmen und Jobvermittlern die kollektivvertragliche Mindestentlohnung sowie eine etwaige Überzahlung angegeben werden. Wiederholter Verstoß wird hier ab 2012 mit bis zu 360 Euro Strafe geahndet. VertreterInnen der Unternehmenseite bezweifeln jedoch schon jetzt die Umsetzungsmöglichkeit – vermutlich würde vor allem das Mindestentgelt der niedrigsten Gehaltsstufe angegeben werden, um sich so das Risiko eines höheren Gehalts zu ersparen.

Natürlich ist es ein Fortschritt, wenn Diskriminierungen von Gehältern aufgezeigt werden (können) und die Betroffenen dagegen Klage einbringen können. Auch dass der Betriebsrat erstmals das Recht auf eine systematische Aufbereitung der Einkommensstruktur erhält, ist durchaus positiv zu sehen.

Aber ohne Sanktionsmöglichkeiten oder mit „zahnlosen“ Strafregelungen wird sich an der derzeitigen Praxis wenig ändern. Nach wie vor sind viele Unternehmen von der Verwirklichung

Mit 1. März 2011 tritt eine Novelle des Gleichbehandlungsgesetzes in Kraft, die in der Diskussion widersprüchlich gesehen wird.

Von Renate Vodnek.

des Grundsatzes „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ weit entfernt. Im Jahr 2007 haben Frauen im Durchschnitt um 25,5 Prozent weniger verdient als Männer – Österreich hat damit nach Estland den zweitschlechtesten Wert der Europäischen Union. Ad absurdum wird das geführt, wenn ein öffentlich machen der Diskriminierungen unter Strafe gestellt wird. Damit werden diejenigen bestraft, die sich über Ungerechtigkeiten beschweren.

Interessanterweise wird das Thema Strafen bei Unternehmen und ArbeitnehmerInnen unterschiedlich gesehen: während Wirtschaftskammer-VertreterInnen und der Wirtschaftsminister Mitterlehner (früher Wirtschaftskammer) Sanktionen gegen Unternehmen ablehnen, sowie der Sozialminister Hundstorfer (ehemaliger Präsident des Österreichischen Gewerkschaftsbundes) sich diesbezüglich abwartend zeigt, gab es beim Thema Strafen gegen Beschäftigte scheinbar weniger Probleme.

Wenn es um die Seite der Unternehmen geht, lasse sich „ein gesellschaftliches Problem (...) nicht mit Strafen lösen“ (Mitterlehner) und sei jede „Zwangsmäßnahme (...) kontraproduktiv“ (Ulrike Rabmer-Koller, Vizepräsidentin der Oberösterreichischen Wirtschaftskammer). Bei ArbeitnehmerInnen

jedoch seien die Verschwiegenheitspflicht zu beachten und „Neiddebatten hintanzuhalten“.

Vor allem Industriellenvereinigung und Wirtschaftskammer haben auf diese Strafen bestanden, Wirtschaftskammer-Generalsekretärin Anna-Maria Hochhauser hat sogar noch die zu geringe Höhe der Strafen kritisiert. Für Angelika Hörmann, stellvertretende Vorsitzende der Grünen Wirtschaft, haben damit ÖVP und SPÖ gezeigt, „dass ihnen die Anliegen der Wirtschaftsbesse wichtiger sind“.

Gerade das Neid-Argument geht für mich in eine gefährliche Richtung: mit derselben Logik könnte mensch verlangen, Arbeitskämpfe zu verbieten und die Gewerkschaften aufzulösen – alles potentielle Neiddebatten-Auslöser? Stattdessen wäre es wichtig, dass wir uns wieder verstärkt auf unsere Stärke besinnen – die Solidarität.





Geht es nach dem Gesetzesvorschlag der Republikaner in Wisconsin, sollen Gewerkschaften in Zukunft nur noch den Lohn verhandeln dürfen. *Von Thomas Schmidinger.*

THE HOME OF THE BRAVE

In Schottenrock mit Helm und roter Weste reckt er die linke Faust hoch, während er lauthals mit zehntausenden ArbeiterInnen singt: „O'er the land of the free, and the home of the brave!“ Aus den Kehlen tausender ArbeiterInnen aus Wisconsin, die dieser Tage das Kapitol der Hauptstadt Madison belagern, klingt die Hymne der

Vereinigten Staaten nicht wie die Hymne einer militärischen und ökonomischen Weltmacht. Man hört hier viel eher das trotziges Beharren auf der eigenen Freiheit, die demokratische Gesinnung jener Zeit als Francis Scott Key 1814 aus Freude über den Sieg über die Briten den Text zu The Star-Spangled Banner schrieb und damit

jenes Lied schuf, das 1931 zur offiziellen Nationalhymne der Vereinigten Staaten und damit auch zum „Soundtrack“ des amerikanischen Kampfes gegen Nazideutschland werden sollte.

Der erst im Herbst 2010 gewählte republikanische Gouverneur, der der Tea Party nahesteht, hatte als einer seiner ersten Amtshandlungen eine mas-

sive Kürzung der Steuern für Unternehmen durchgesetzt, um, wie er behauptete, im internen „Standortwettbewerb“ mit anderen US-Bundesstaaten Unternehmen in das, bis auf die Stadt Milwaukee, weitgehend landwirtschaftlich geprägte Wisconsin zu locken.

Bis dahin hatte Wisconsin keine größeren Budgetprobleme als viele andere Bundesstaaten in der Wirtschaftskrise auch. Mit dieser Begünstigung von Unternehmen schitterte Wisconsin allerdings in eine akute Budgetkrise, die nun nicht nur zu großen Budgetkürzungen im Bildungs- und Sozialbereich führen soll, sondern auch zu einer massiven Einschränkung von Gewerkschaftsrechten genutzt werden soll. Neben Kürzungen von Pensionsansprüchen und höheren Krankenversicherungsbeiträgen für öffentlich Bedienstete, erhitzt vor allem der Angriff auf die Kollektivvertragsfähigkeit der Gewerkschaften die Gemüter.

Geht es nach dem Gesetzesvorschlag der Republikaner, sollen Gewerkschaften in Zukunft nur noch den Lohn verhandeln dürfen, aber bei allen Zusatzleistungen nicht mehr an Verhandlungen beteiligt werden. De facto kommt dies aus Sicht der Gewerkschaften einem Ausschalten der Gewerkschaftsrechte im öffentlichen Sektor gleich. Für die Feuerwehren, Polizei und die GefängniswärterInnen, würden die Pläne Walkers einem völligen Gewerkschaftsverbot gleichkommen.

Damit hatte Walker die Angehörigen des öffentlichen Dienstes, die im Gegensatz zu den Privatangestellten immer noch über einen relativ hohen gewerkschaftlichen Organisationsgrad verfügen, durchgehend gegen sich aufgebracht. Seit er am 11. Feber seine Pläne verkündete, kommt Wisconsin nicht mehr zur Ruhe. Am 15. Feber gingen tausende DemonstrantInnen in der Hauptstadt Madison auf die Straße. Seit dem 17. Feber halten DemonstrantInnen das Kapitol besetzt. Täglich kommt es zu Demonstrationen mit zehntausenden ArbeiterInnen und Angestellten. Seit Ende Feber greifen die Proteste auch auf andere Bundesstaaten über, wo sich ArbeiterInnen und Angestellte mit ihren KollegInnen in Wisconsin solidarisieren.

Aber auch internationale Solidarität erreicht die DemonstrantInnen in Midwest: In den letzten Wochen trafen

Solidaritätstelegramme aus Europa, Ägypten oder Indien ein.

Ein Foto eines Demonstranten am Midan Tahrir in Kairo, der ein Plakat in Solidarität mit den DemonstrantInnen in Wisconsin in die Höhe hielt, wurde nicht nur begeistert zur Kenntnis genommen, vielmehr beziehen sich in Wisconsin DemonstrantInnen zunehmend auf Ägypten.



DemonstrantInnen halten seit 17. Feber das Kapitol der Hauptstadt Madison besetzt

Die 14 demokratischen SenatorInnen flohen mittlerweile nach Illinois. Damit verhinderten sie, dass im Senat das notwendige Quorum für die Gesetzesänderung erreicht werden konnte. Nach der 1848 geschriebenen Verfassung von Wisconsin dürfte der Sheriff ausgeschiedt werden, um abwesende Senatoren, die auf die Sitzung vergessen hatten, zu holen. Diese Regelung wurde nun benutzt, um nächtliche Hausdurchsuchungen bei den demokratischen Senatoren durchzuführen. Alle 14 befanden sich allerdings tatsächlich im Nachbarbundesstaat, und so weit reicht die Amtsgewalt des Sheriffs nicht.

Die politischen Positionen innerhalb der Protestbewegung liegen gelinde gesagt sehr weit auseinander. Eine Protestbewegung, in der vom Bischof der Episcopal Church bis zu den anarchistischen

Wobblies, von den verschiedensten trotzistischen Gruppen bis zu den Polizei- und Gefängniswächtergewerkschaften, alles teilnimmt, was eben nicht mit der gewerkschaftsfeindlichen Linie des Gouverneurs einverstanden ist, kann auch gar nicht anders, als mit Widersprüchen innerhalb der Bewegung umzugehen. Walker will mit den DemonstrantInnen und Gewerkschaften

nicht sprechen. Im Falle eines Generalstreiks droht er, die „National Guard“, also der Streitkräfte des Bundesstaates, zur Bewachung der Gefängnisse und Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung einzusetzen. Die DemonstrantInnen fordern hingegen Walkers Rücktritt. Der Ausgang dieser Machtprobe wird über Wisconsin hinaus von Bedeutung sein.

Thomas Schmidinger ist Lektor am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien und Ersatzmitglied des Betriebsrats des wissenschaftlichen Personals der Uni Wien. Derzeit ist er als Research Fellow an der University of Minnesota in den USA tätig.



HABT A

NACH AUSFÜHRLICHEM STUDIUM IHRER HEILIGEN SCHRIFT
BESCHLOSSEN DIE SOZI →
(DEM BUNDESPRÄS WIRD NIX VERRATEN)



WIR WOLLEN EIN SÖLDNER
HEER- UNTER EINER
BEDINGUNG

ICH STEH VOLL
HINTER IHM

SCHIESS LOS



DIE ÖVP IST NATÜRLICH ZU FLEISS DABEGEN
UND VERSUCHT ZU HANDELN

ICH BIETE
FÜNF
MONATE WEHRDIENST



WIE WAR'S
MIT
VIER ?



ICH
BIETE
DREI



LETZTES
ANGEBOT:
ZWO



UND: IHR
DÜRFT DAS
SCHIESSGEWEHR
BEHALTEN



DIE GRÜNEN HABEN AUCH VERNÜNFTIGE FORDERUNGEN

DAS NEUE MILITÄR
MUSS VÖLLKÖLOGISCH
UND NACHHALTIG SEIN



ALLE KRAFTFAHRZEUGE
WERDEN DURCH FAHR-
RÄDER ERSETZT



UND NATÜRL
DARF ES KEIN
WAFFEN HABEN



CHT!



IHR MUSST VERSPRECHEN DASS IHR NICHT WIEDER AUF DEN KARL-MARX-HOF SCHIESSEN TUT

WENN, DANN NUR AUS ZWINGENDEN MILITÄRISCHEN GRÜNDEN



GEBONGT

FLASCHE



UND WAS KRIEGEN DIE ZIVIS? EINE HERRLICHE SCHNEEKUGEL



DIE FPÖ WEISS WENIGSTENS WAS SIE WILL: VOLLER WEHRDIENST UND SOZIALDIENST FÜR DIE MÄDELS



UND WAS SAGT DER RENOMMIERTE MILITÄRSPEZIALIST HAÜPL (DER DER SPß ZUGERECHNET WIRD)?

WIR KÖNNTEN DIE LUFTVERTEIDIGUNG FÜR GANZ EUROPA ÜBERNEHMEN OBWOHL ANGENEBLICH ALLE IN DER FIFA SIND



IN DER NAT.

ABER UNSERN NORBERT PLAGEN FÜRCHTERLICHE ZWEIFEL

WAS TU ICH WENN DIE KRONE PLÖTZLICH FÜR DIE WEHRPFLICHT IST?



DANN WIRD WIEDER INSTENS GEMEISSELT



Vordienstzeiten werden im Ausmaß von bis zu zehn Jahren voll angerechnet

NICHT MEHR WERT

Dass die Gewerkschaft dringenden – auch finanziellen – Handlungsbedarf im Sozial- und Gesundheitsbereich sieht (und wohl auch das große Potential an künftigen Gewerkschaftsmitgliedern), zeigt nicht zuletzt die immer wieder geforderte Sozialmilliarde, als Investitionsmaßnahme in den Sozialbereich, um Bedarfslücken zu schließen (etwa im Bereich der Pflege), Beschäftigung zu schaffen, und Beschäftigungs- wie Einkommensverhältnisse zu verbessern.

ZU WENIG WERT

Soziale Arbeit ist jetzt zwar nicht „nichts“ wert, aber wir sprechen immer noch von einem Niedriglohnsektor, in dem die Einkommen um rund zwanzig Prozent unter dem Durchschnitt sämtlicher Bruttoeinkommen liegen. Wir reden von Tätigkeiten, die hohe psychische und physische Belastungen mit sich bringen. Hohe Burn Out-Raten sprechen für sich.

Umso mehr schmerzt es, dass wichtige rahmenrechtliche Änderungen im Kollektivvertrag, die schon seit Jahren anstehen, wieder einmal nicht durchgesetzt wurden. Nach wie vor gibt es eine Vordienstzeitenbegrenzung, die den Grundsätzen der sozialen Arbeit widerspricht, weil sie einen Wechsel ohne Einkommensverlust quasi unmöglich macht! Somit hat diese Begrenzung



STEFAN TAIBL
IST ARBEITERKAMMERRAT
DER AUGE/UG IN
NIEDERÖSTERREICH.

Kommentar zum Abschluss der Verhandlungen zum BAGS-Kollektivvertrag. Von Stefan Taibl.

(möglicher Jobwechsel, zum Beispiel wegen Burn-Out-Gefährdung, nur bei Einkommensverlust, was vielfach finanziell nicht leistbar ist) oft „gesundheits-schädigende“ Auswirkungen!

ERFREULICHE ÄNDERUNGEN

Erfreulich ist, dass künftig Vordienstzeiten, ohne Rücksicht darauf, ob Voll- oder Teilzeit gearbeitet wurde, im Ausmaß von bis zu zehn Jahren voll angerechnet werden. Das bringt, angesichts der hohen Teilzeitquote in den sozialen Diensten, bei einem Arbeitgeberwechsel höhere Einstiegsgehälter, wovon vor allem Elternteile profitieren, die etwa nach der Elternteilzeit den Betrieb wechseln.

Neu ist auch, dass Zeiten der Familienhospizkarenz zur Betreuung schwerkranker Angehöriger künftig für die Bemessung des Urlaubsanspruchs, der Kündigungsfrist und den Anspruch auf Abfertigung alt angerechnet werden.

Eingetragene Partnerschaften werden bei der Fortzahlung des Entgeltes wegen Dienstverhinderung im BAGS-Kollektivvertrag nunmehr Eheschließungen gleichgestellt.

Drei Änderungen wurden also erstritten. Ein Vielfaches an Änderungsnotwendigkeiten ist immer noch da und wartet auf die dringliche Erledigung.

GEHALTSABSCHLUSS: NICHT DER SCHLECHTESTE, ABER...

Der Gehaltsabschluss, knapp über der Inflationsrate, mit zwei Prozent für

KV-Löhne und -Gehälter (Ist-Löhne und Gehälter plus 1,85 Prozent bei einer herangezogenen Inflationsrate von 1,77 bis 1,83 Prozent!), ist nicht der schlechteste, sieht man sich die anderen Kollektivvertrags-Abschlüsse an. Aber bei weitem nicht ausreichend, um endlich die Lücke zwischen Löhnen, Gehältern im Sozialbereich und den Durchschnittseinkommen – wenn schon nicht zu schließen – zumindest deutlich zu verkleinern!

Dieser Abschluss wurde von der Arbeitgeberseite von Beginn dieser zweiten Verhandlungsrunde an signalisiert, und sie bewegte sich da keinen Millimeter. Somit wurde zwar zäh verhandelt, aber wenig erreicht.

KONFLIKTBEREITSCHAFT?

Es hat den Anschein, dass die BetriebsrätInnen auf den Tag warten, wo die Arbeitgeber ihre Liebe zur Belegschaft neu entdecken und ihnen alle Forderungen einfach so erfüllen. Der Großteil des Verhandlungsgremiums war auf jeden Fall mit der Einschätzung einverstanden, dass die Arbeitgeber nicht bereit sind, mehr zu geben, deswegen könne man nicht mehr erreichen und müsse diesen Abschluss eben akzeptieren.

Nur eine Minderheit im entsprechenden Beschlussgremium der Gewerkschaft versteht Gewerkschaftsarbeit auch so, dass man den Interessen der ArbeitnehmerInnen durchaus auch entschiedener – etwa über Kampfmaßnahmen – zum Durchbruch verhelfen muss, um auch einmal mehr herauszuholen: 23 stimmten für, 8 gegen die Annahme des KV-Abschlusses. Einige warten wohl auf ein Wunder. Nur – Wunder gibt's keine und deshalb auch nicht bei der Durchsetzung von ArbeitnehmerInneninteressen. Das müssen wir schon selber machen.

Sozial Global:

HEFTIGER PROTEST

Sozial Global, in Eigendefinition einer der traditionsreichsten Sozialdienstleister Wiens, hat 385 Beschäftigte, großteils teilzeitbeschäftigte Frauen, beim Arbeitsmarktservice-Frühwarnsystem zur Kündigung angemeldet. Konkret plant das Unternehmen, den Beschäftigten Änderungskündigungen vorzulegen – akzeptieren sie eine Kürzung ihres Einkommens nicht, werden sie gekündigt. Die Gewerkschaft Vida hat bereits scharf gegen das Vorgehen der Geschäftsführung von Sozial Global protestiert: Nicht nur die damit verbundenen Einkommens Kürzungen der Beschäftigten, sondern auch die Verletzung der Informationspflicht an den Betriebsrat wird kritisiert.

„Wir protestieren aufs Schärfste gegen die Vorgangsweise der Geschäftsführung von Sozial Global und sind über die Politik der Wiener Stadtregierung und des Managements des Fonds Soziales Wien (FSW) empört! Schließlich arbeitet Sozial Global im Auftrag der Stadt Wien und steht durch diese finanzielle Abhängigkeit unter Kontrolle der Wiener Stadtregierung und des mit der Auftragsvergabe beauftragten FSW, welcher auch die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten maßgeblich steuert. In Sonntagsreden erklärt die Wiener Stadtregierung gerne, wie sozial ihre Politik ist. Offensichtlich gilt das nicht für die überwiegend weiblichen Beschäftigten im Sozial- und Gesundheitswesen. Der Sozialbereich – und gerade die Pflege im ambulanten Bereich – gehören ohnehin zum Niedriglohnsektor, der eine deutlich finanzielle Aufwertung bräuchte. Wer bei Löhnen und Gehältern im Sozialbereich kürzt, leistet ‚working poor‘ – gerade bei Frauen – Vorschub. Diese neoliberale Politik gegenüber den Beschäftigten ist inakzeptabel“, so Christine Rudolf, Arbeiterkammer rätin der Alternativen und Grünen GewerkschafterInnen/Unabhängige GewerkschafterInnen (AUGE/UG). „Die Wiener Stadtregierung und der FSW tragen mit ihrer Beauftragungs-

Unabhängige GewerkschafterInnen von AUGE/UG und KIV/UG solidarisieren sich mit den betroffenen Beschäftigten.



<http://diealternative.org/sozialmilliarde/>

politik klar Verantwortung für Einkommens-, Arbeitsbedingungen und Qualität bei der Erbringung sozialer Dienstleistungen in Wien. Stadt Wien und FSW können sich aus dieser Verantwortung nicht stellen!“

Andreas Richter-Huber, Zentralbetriebsratsvorsitzender des FSW und Vertreter der Konsequenten Interessenvertretung/Unabhängige GewerkschafterInnen (KIV/UG) versteht die Empörung der BetriebsrätInnen von Sozial Global und der betroffenen Beschäftigten: „Wir erklären uns solidarisch mit

den KollegInnen von Sozial Global. Die Änderungskündigungen werden zu Einkommensverlusten führen. Zu befürchten ist, dass die Geschäftsführung weitere Entgeltkürzungen bei den Beschäftigten plant. Wir sind empört über das Vorgehen gegen die KollegInnen bei Sozial Global. Die Rechte der BetriebsrätInnen müssen ohne Einschränkung eingehalten werden.“

„Wir sprechen uns klar gegen eine Politik von Lohndumping aus, wie sie die Aktiengesellschaft Sozial Global hier mit dieser ethisch fragwürdigen Praxis der Änderungskündigungen

betreibt. Wir fordern sowohl von Heinisch-Hosek – als Frauenministerin und SP-Frauenvorsitzende – als auch von Sozialminister Hundstorfer eine Stellungnahme zu diesen Praktiken im Gesundheits- und Sozialbereich in Wien“, bekräftigt Richter-Huber einmal mehr, dass die Politik eine Verantwortung für die Arbeits- und Einkommensbedingungen im Gesundheits- und Sozialbereich hat.

AUGE/UG und KIV/UG erklären sich solidarisch mit den BetriebsrätInnen und Beschäftigten von Sozial Global und fordern die sofortige Rücknahme der Änderungskündigungen und eine wirklich soziale Beschäftigungspolitik der Stadt Wien und der vom FSW beauftragten Vereine und Unternehmen.

Meldung beim AMS vorerst zurückgenommen

Online-Petition läuft weiter.



Durch den gemeinsamen Druck von Gewerkschaft, Betriebsrat und den Beschäftigten hat Sozial Global die Meldung beim Arbeitsmarktservice vorerst zurückgenommen. Verhandlungen zwischen Betriebsrat, Gewerkschaft und Arbeitgeberseite finden statt.

Stärken Sie die Beschäftigten in den Verhandlungen mit Ihrer Unterschrift auf www.vida.at.

EIN WEITER WEG

Jeweils zum Bundesforum veröffentlicht die GPA-djp einen Bericht, der Aufschluss über die Aktivitäten der GPA-djp und ihrer Bereiche gibt. Der Bericht ist auch deshalb interessant, weil er Informationen über die Entwicklung ihrer Mitgliederzahlen, die der Betriebsratskörperschaften und die der BetriebsrätInnen zur Verfügung stellt.

MITGLIEDER

Im Jahre 2006, dem Jahr vor der Fusion mit der Gewerkschaft Druck-Journalismus-Papier (djp), hatte die GPA 265.350 Mitglieder. Die djp brachte im darauffolgenden Jahr 15.873 Mitglieder in die Fusion ein, dennoch wurden für Ende 2007 nur 265.297 Mitglieder für die GPA-djp gezählt, ein Verlust von 5,6 Prozent. Im darauf folgenden Jahr blieb die Mitgliederanzahl in etwa gleich, 2009 konnten jedoch zum ersten Mal nach 2002 wieder steigende Mitgliederzahlen verzeichnet werden. Es wurden 267.802 oder ein Plus von knapp 2500 Personen gegenüber dem Vorjahr gemeldet. 56 Prozent der Mitglieder sind männlich, 44 Prozent weiblich. Den höchsten Mitgliederanteil gibt es in der Region Wien (33,2 Prozent), gefolgt von Oberösterreich (20,5 Prozent), Niederösterreich (15,8 Prozent) und der Steiermark (12,7 Prozent). Die geringsten Anteile hatte die GPA-djp 2009 in Vorarlberg (2,1 Prozent) und im Burgenland (2,4 Prozent).

Neben der regionalen Einteilung gliedert sich die GPA-djp in 24 Wirt-

Der Bericht der GPA-djp zum Bundesforum 2010.

Von *Fritz Schiller*.

schaftsbereiche (WB). Durch die Fusion mit der djp wurden zwei neue Wirtschaftsbereiche geschaffen (Medien, ORF und Töchter). Die meisten djp-Mitglieder wurden in den WB „Kommunikation“ integriert.

Die meisten Mitglieder der GPA-djp sind im Handel organisiert, im Vergleich zu 2005 weist dieser Bereich auch den zweitgrößten Mitgliederzuwachs auf. Der zweitgrößte Wirtschaftsbereich ist die Sozialversicherung, gefolgt von „Metall-Maschinen-Fahrzeugbau“. Den größten Mitgliederzuwachs gegenüber dem Bericht des letzten Bundesforums weist der WB „Kirchen, Religionsgemeinschaften“ mit 48 Prozent auf, dicht gefolgt von „Gesundheit, Soziale Dienste, Kinder- und Jugendwohlfahrt“ mit 47 Prozent. 2006 mussten die MitarbeiterInnen der Bank Austria vom Sparkassen in den Bankenkollektivvertrag wechseln. Die Klage des Bank Austria-Betriebsrates gegen diesen vom Bank Austria Vorstand angestrebten Wechsel wurde vom OGH abgewiesen. Deshalb kam es 2006 zwischen den Wirtschaftsbereichen „Banken, Nationalbank, Kreditkarten“ und „Sparkassen“ zu Verschiebungen. Fasst man beide Wirtschaftsbereiche zusammen, ergibt sich ein Mitgliederverlust von 15 Prozent. Das größte Minus an Mitgliedern gab es bei „Textil, Bekleidung, Schuh“ mit 25 Prozent.

Die GPA-djp hat es seit dem letzten Bundesforum durch einen strikten Sparkurs und eine permanente Mitgliedererhaltungskampagne geschafft, den langjährigen Trend rückläufiger Mitgliederzahlen zu stoppen und erreichte sogar im letzten Jahr einen geringfügigen Zuwachs. Alle anderen Gewerkschaften, mit Ausnahme der Gewerkschaften für Beschäftigte des öffentlichen Dienstes

GÖD und der GdG, die dieses Jahr mit der kleinen Gewerkschaft KMSfB fusionierte, erlitten teilweise dramatische Mitgliederrückgänge.

BETRIEBE

Die Entwicklung der Betriebe, in denen Betriebsräte gewählt wurden, verlief sehr erfreulich. Im Vergleich zu Ende 2005 erhöhte sich die Anzahl der Betriebe mit Betriebsratskörperschaften um 13,4 Prozent auf 5324. Gleichfalls erhöhte sich die Anzahl der organisierten Betriebsratsmitglieder um 15,6 Prozent auf 13.461 BetriebsrätInnen. Davon waren 36,4 Prozent weib-



lich und 63,6 Prozent männlich, was eine geringfügige Verschiebung zu Gunsten der BetriebsrätInnen im Vergleich zu Ende 2005 bedeutet. Bis auf Vorarlberg konnten in allen Bundesländern neue Betriebsratskörperschaften entstehen. Der größte prozentuelle Zuwachs konnte in Salzburg mit über 35 Prozent oder 99 neuen Betrieben erreicht werden.

BETRIEBSRÄTINNEN

Der Bericht zum Bundesforum 2010 weist 13.444 Betriebsratsmitglieder nach Fraktionen aus. Den größten Anteil mit 47,7 Prozent machten Ende 2009 die Parteionabhängigen aus. Im Vergleich zu Ende 2005 erhöhte sich ihr Anteil um 3,3 Prozent. Der Anteil der FSG an den BetriebsrätInnen machte 35,3 Prozent (2005: 37,5) aus, der der FCG 15,6 Prozent (2005: 16,9), die AUGÉ/UG erreichte 0,9 Prozent



FRITZ SCHILLER
IST ÖKONOM,
BETRIEBSRATS-
VORSITZENDER UND
AUGÉ/UG-VERTRETER IM
BUNDESVORSTAND DER
GEWERKSCHAFT DER
PRIVATANGESTELLTEN.

(2005: 0,6), die Parteifreien und der GLB jeweils 0,2 Prozent (unverändert) und die FA 0,1 Prozent (unverändert).

Die Machtverhältnisse in der GPA-djp sind jedoch völlig konträr zur Struktur der Fraktionsdeklarierungen bei den Betriebsräten. Eine Urabstimmung oder Basiswahlen, also die unmittelbare Mitbestimmungsmöglichkeit für jedes einzelne Mitglied auch für die Bundes- und Landesführungsgremien sieht das Statut der GPA-djp nicht vor.

Betrachtet man zum Beispiel die Zusammensetzung des höchsten Organs der GPA-djp, des Bundesforums, so fällt Folgendes auf: Zum Bundesforum 2010 waren über 400 Delegierte (genaue Zahlen liegen dem Autor leider nicht vor. Nur Delegierte der FSG und der FCG waren in der Mandatsprüfungskommission zugelassen, was von den AUGE/UG-Delegierten auf dem Bundesforum im Plenum kritisiert wurde) zugelassen.

Unter allen Delegierten wurde eine Umfrage zum Ablauf des Bundesforums durchgeführt. Zur Frage der Fraktionszugehörigkeit gab es insgesamt 219 Antworten. Davon waren 7 ungültig. Vom Rest deklarierten sich 149 (70,3 Prozent) als FSG-Delegierte, 48 (22,6) als FCG-Delegierte, 6 (2,8) als Parteifreie, 5 (2,4) als Parteiunabhängige, 3 (1,4) als AUGE/UG-Delegierte und eine (0,4) als GLB-Delegierte.

Unterstellt man, dass die Differenz von den über 400 Delegierten zu den 212 sich deklariierenden Delegierten eine ähnliche Aufteilung der Fraktionszugehörigkeit aufweist, so ergibt sich eine absolute Dominanz der FSG in einem Ausmaß von gut einer Zweidrittelmehrheit. Bestätigt wird

diese Annahme durch die Abstimmungsergebnisse über die Anträge zum Bundesforum. Gegen die Stimmen der FSG Fraktion konnte kein Antrag durchgebracht werden.

Eine fraktionsmäßige Aufteilung des Bundesvorstandes (zweithöchstes Gremium der GPA-djp) liegt ebenfalls nicht vor. Jedoch erscheint der Schluss aus den Abstimmungsergebnissen der bisherigen Bundesvorstandssitzungen zulässig, dass die FSG in einem ähnlichen Ausmaß dominiert wie am Bundesforum.

Lediglich die Mitglieder des Bundespräsidiums sind fraktionell eindeutig zuzuordnen. Von den acht gewählten Mitgliedern des letzten Präsidiums gehörten sechs der FSG und zwei der FCG an. Die gemessen an den BetriebsrätInnen „stärkste“ Fraktion, die Parteiunabhängigen, bildeten in keinem dieser Gremien die relative Mehrheit. Im Gegenteil: sie waren fast nicht beziehungsweise gar nicht repräsentiert.

Die GPA-djp hat noch ein weites Stück Weg vor sich, um zu einer einigermaßen demokratischen Struktur zu gelangen.



Rund ums Bildungsvolksbegehren

Unabhängige GewerkschafterInnen im ÖGB für Unterschrift



Es ist ja wohl nicht das Gelbe vom Ei, wir wollen viel mehr! Trotzdem haben wir uns entschieden, zur Unterschrift aufzufordern. Darüber, und über Bildung wollen wir diskutieren: Am 14. April um 18 Uhr im KIV-Club – 1020 Wien, Odeongasse 1. Mit ihren Vorstellungen einleiten werden unter anderen Martina Petzl-Bastecky (Wiener Kindergärten, KIV) und Reinhart Sellner (AHS, UGöD).

UG in der GÖD unterstützt



Die Unabhängigen GewerkschafterInnen in der GÖD unterstützen das Bildungsvolksbegehren als deutlichen, öffentlich wahrnehmbaren Impuls für die überfällige breite Bildungsdiskussion, die engagierte Eltern, SchülerInnen, Studierende und Lehrende, GewerkschafterInnen, NGOs und reformorientierte PolitikerInnen zum Durchsetzen demokratischer und sozialer Bildungsreformen nützen sollten – und für die Finanzierung dieser Reformen durch ein Konjunkturpaket Bildung, Soziales und öffentliche Dienste.

Das vom ÖGB-Vorstand beschlossene Positionspapier fasst wesentliche Bildungs-Forderungen der ArbeitnehmerInnen zusammen, wobei allerdings Widerspruch von ArbeitnehmerInnen- und neoliberalen Kapitalinteressen sozialpartnerschaftlich ausgespart wird. Zwischen den Forderungen des ÖGB und denen des Bildungsvolksbegehrens gibt es in vielen Bereichen Übereinstimmung, was für das im Jänner vorgestellte sozialselektive und reformresistente ÖVP-Bildungspapier nicht gilt. Schade, dass die fcg.GÖD im ÖGB-Vorstand einmal mehr an parteipolitischen Vorurteilen festgehalten und gegen die gemeinsame Schule und gegen eine Unterstützung des Volksbegehrens votiert haben.

Am vorliegenden Text des Volksbegehrens kritisiert die UGöD das Fehlen der expliziten Forderung nach demokratischen Mitbestimmungsrechten der Eltern, SchülerInnen, PädagogInnen, der Lehrenden und Studierenden und nach ausreichender Finanzierung aller Bildungseinrichtungen durch die öffentliche Hand.

Es geht um das Menschenrecht auf Bildung für alle, unabhängig von ihrer sozialen Stellung, ihrer Herkunft, von Geschlecht oder Religion. Es geht um die Zukunft der Kinder und Jugendlichen, um ihre Chancen auf Teilhabe am österreichischen und Europäischen Arbeitsmarkt sowie am wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Leben

Keine Angst vor Reformen – Her mit den Bildungsmilliarden!

Wenn sich die ChristgewerkschafterInnen der GÖD und ihrer LehrerInnengewerkschaften noch immer nicht von Parteipolitik und Standesdünkel lösen können wollen – die Unabhängigen GewerkschafterInnen in der GÖD sehen wie die Mehrheit im ÖGB das Bildungsvolksbegehren als Chance.

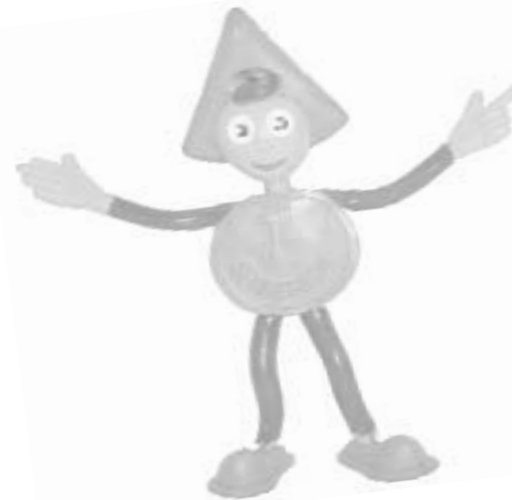
ÖGB unterstützt: „Wichtiger Impuls für Bildungsreformen“



In der Vorstandssitzung vom 24. Feber 2011 hat der Österreichische Gewerkschaftsbund mit grosser Mehrheit beschlossen: „... In diesem Sinn ersucht der ÖGB alle Mitglieder, MitarbeiterInnen, BetriebsrätInnen, PersonalvertreterInnen und JugendvertrauensrätInnen, die sich ebenfalls mit den Inhalten des Volksbegehrens identifizieren können, dieses zu unterzeichnen ...“.

Die Zukunft im Wiener Krankenanstaltenverbund heißt nach wie vor „Einsparen“.

GEMEINSAME WEGE?



Am 1. Jänner 2011 ist das Bekenntnis zur Einsparung im Wiener Krankenanstaltenverbund (KAV) ganz klar deklariert: Minus zwei Prozent beim Sachaufwand – minus ein Prozent im Personalbereich. „Weiter auf hohem Niveau in die Zukunft Wiens investieren und gleichzeitig mit dem Einstieg in eine maßvolle Konsolidierung beginnen: Das ist der finanzpolitische Wiener Weg aus der Krise“, fasste Vizebürgermeisterin Finanz- und Wirtschaftsstadträtin Mag.^a Renate Brauner im Rahmen des Mediengesprächs des Bürgermeisters die Eckdaten des Haushaltes am 9. November 2010 zusammen.

Beim Schmökern im rot-grünen Regierungs-Übereinkommen stellt sich ganz deutlich die Frage, wie dies möglich sein soll, wenn Maßnahmen zur

Verbesserung für die PatientInnen geplant sind. Nur ein kleiner Querschnitt dieser Innovationen:

- Neubauten von Pflegehäusern (Innerfavoriten, Meidling, Liesing, Baumgarten, Simmering, Generalsanierung des Pflegewohnhauses Donaustadt)
- Innovationen Wohn- und Pflegehäuser (Döbling, Liebhartstal, Rosenberg)
- Ausbau von Tageszentren für SeniorInnen
- Weiterentwicklung von Qualitätsprogrammen für die Pflege
- Bau Krankenhaus Nord
- Neue Versorgungsformen im ambulanten Bereich.

Rückblickend auf die letzten Jahre sind wir Menschen, die im Wiener Krankenanstaltenverbund tätig sind,

nicht mehr sehr leicht aufzuregen. Personalknappheit und viele damit verbundene Mehr- und Überstunden, laufende Kürzungen beim Sachaufwand, Kündigungen bei zu vielen Krankenstandstagen ... diese Aufzählung ist beliebig lange fortzusetzen.

Nun sind wir aber bei einem Punkt angekommen, wo wir als Personal- und GewerkschaftsvertreterInnen gemeinsam mit allen MitarbeiterInnen ein klares „Nein“ zu den neuen Sparplänen der Stadt sagen müssen.

Umbauten, Ausbauten und Neuerichtungen von Spitälern und Geriatriezentren sind nur mit ausreichendem Personal möglich. Eine rasant steigende Anzahl von Burnout-Erkrankungen, die teilweise auf unmenschlichen Arbeitsbedingungen basieren, zeigen den Zustand des KAV: Politische Vorhaben, die zwar toll verkauft werden und den PatientInnen versprochen, noch besser und umfassender betreut zu werden, kommen einer Mogelpackung gleich. Schließlich und endlich kann

Pflege: Wichtig, aber abschreckend

7000 diplomierte PflegerInnen fehlen derzeit laut einer Studie der Vereinigung der Pflegedirektoren dem österreichischen Gesundheitssystem.

Krankenpflege ist zwar gesellschaftlich angesehen – machen wollen die Arbeit aber zu wenige. Pflegeberufe gelten laut Umfragen als „wichtig, verantwortungsvoll, unentbehrlich und zukunftssicher“, gleichzeitig aber als „anstrengend und beanspruchend“ – und das schreckt viele ab. Daten der Weltgesundheitsorganisation zufolge ist der Pflegermangel kein österreichisches, sondern ein globales Problem.

Ein Problem, welches in den nächsten Jahrzehnten aufgrund demografischer Veränderungen zunehmend an Bedeutung gewinnen wird.

Gemeinsam müssen wir uns der Herausforderung stellen: Muss der Beruf attraktiver werden und die Berufszufriedenheit für einen Verbleib im Beruf erhöht werden? Welche Wege müssen beschritten werden, um den Wert der Pflege ideell und finanziell anzuerkennen?

Und wie immer die Kardinalfrage: Ist die Bezahlung dem gesellschaftlichen Wert der Pflege wirklich angepasst?



eine Handelskette auch nicht zehn Bäckereifilialen mit zwei MitarbeiterInnen an sechs Tagen jeweils 12 Stunden offen halten.

Es muss endlich Schluss sein mit der weiteren Ausbeutung der MitarbeiterInnen. Wir müssen zu einer nachhaltigen Reform kommen, die ein sicheres Gesundheitssystem in Spitälern und Geriatrie ermöglicht.

Wir wollen uns als PersonalvertreterInnen, GewerkschafterInnen aber auch als BürgerInnen dieser Stadt durchaus einer Diskussion rund um Einsparungen bei gleichzeitiger Leistungssteigerung stellen. Zum Beispiel beim KIV-Plenum am 7. April 2011: „Rotstiftpolitik im Wiener KAV“, 18 Uhr, KIV-Club, Große Mohrengasse 42, 1020 Wien.

Stand in den Dienststellen vom 10. Feber 2011

Krankenhaus Hietzing

Dienststellenausschuss am 3. Feber 2011: Einsparungen von 1,6 Millionen Euro (600.000 Euro Sachaufwand, eine Millionen Personalaufwand). Einverständnis des Dienststellenausschusses, mit 1. Jänner 2011 wurden bereits 6 Turnusärzteposten eingespart, es wird verzögerte Nachbesetzungen (4 Monate) geben und Reduzierung des biologischen Essens.

AKH

20 Prozent der AbteilungshelferInnen-Posten sollten eingespart werden. Der Dienststellenausschuss stimmt diesen Einsparungen nicht zu. Um den weiteren Dienstbetrieb zu gewährleisten, sind fünfhundert zusätzliche Dienstposten vonnöten, die der Ausschuss auch einfordert.

Krankenanstalt Rudolfstiftung

Bis jetzt keine Sitzung des Dienststellenausschusses und keine Informationen an die MandatarInnen oder das Personal. Einsparungen: Eine Millionen Euro im Personalaufwand und eine Million im Sachaufwand. Im Gespräch sind Streichung von sechzig Planstellen, Reduzierung von Überstunden, nur mehr achtzig Prozent diplomiertes Personal – zwanzig Prozent PflegehelferInnen, Leistungsreduktionen (nur inoffizielle Order).

Otto Wagner Spital

Bis jetzt keine Vereinbarungen mit dem Dienststellenausschuss.

SMZ SÜD

Dienststellenausschuss vom 2. Feber 2011: 1,1 Million Euro Einsparungen im Personalaufwand, 0,9 Millionen im Sachaufwand. Zusätzlich Einsparung

von vier Turnusärzte-Posten und sechs AbteilungshelferInnen-Posten.

Geplant: Streichung der Nachtdialyse (18 betroffene PatientInnen), Einsatz von PflegehelferInnen statt diplomiertem Personal (200 Dienstposten betreffend), keine Verlängerung von Teilzeitverträgen. Einspruch gegen alle Maßnahmen durch den Ausschuss.

Geriatriezentrum Klosterneuburg

Einsparungen: 380.000 Euro. Geplant: Streichung von vier AbteilungshelferInnen-Posten. Dienststellenausschuss plant Einspruch.

Geriatriezentrum „Am Wienerwald“

Einsparungen: Mehrdienstleistungen: –10 Prozent (160.000 Euro), Lebensmittel: –30.000 Euro (kein Mineralwasser für PatientInnen, kein separates Kochen für Personal). Geplant: Drei Ärztedienst-Posten einsparen (277.000 Euro). 2,5 Prozent Pflegeposten sollen eingespart werden, Inspektionsdienst wird ab 1. Mai 2011 eingestellt. Ein Dienstrad im Wechseldienst (handwerkliche Verwendung) soll eingespart werden.

Im Dienststellenausschuss wurde nur berichtet, keine Abstimmung wegen eines möglichen Einspruchs.

SMZ OST

Bis jetzt keine Sitzung des Dienststellenausschusses, nur Informationen. Einsparungen: Je eine Million im Personal- und im Sachaufwand

Wilhelminenspital

Der Vorsitzende des Dienststellenausschusses ist nicht erreichbar, die nächste Sitzung ist Ende März. Geplant: nur mehr achtzig Prozent diplomiertes Personal, zwanzig Prozent PflegehelferInnen.

Die Jahre 2009 und 2010 standen nicht nur im Zeichen der Krise.
Nein, sie standen auch ganz im Zeichen der Solidarität.
Meine Göttin, was waren wir nicht solidarisch, ja, was sind wir nicht solidarisch.
Nicht nur in Österreich, in ganz Europa. *Von Markus Koza.*

AUTORITÄRER KAPITALISMUS

SOLIDARISCH MIT BANKEN ...

Wir schnürten Milliarden Euro-schwere Bankenrettungspakete, da wurden Summen frei gemacht, die jede Vorstellungskraft überstiegen. Wir hafteten für jene, die uns mit ihrer Unternehmenspolitik die Krise bescherten.

Und wir waren dabei ausgesprochen nett: unsere Solidarität reichte so weit, dass wir nicht einmal eine ordentliche Gegenleistung verlangten. Während arbeitslose Menschen ihre Arbeitsbereitschaft bekunden müssen, weil's sonst nämlich mit der Solidarität vorbei ist, müssen Banker und -innen so gut wir gar nix bekunden. Die dürfen weitermachen wie bisher, und die machen aus lauter Dankbarkeit auch weiter wie bisher. Weil wir so solidarisch sind.

SOLIDARISCH MIT VERMÖGENSBESITZERINNEN ...

Solidarisch sind wir nicht nur mit den Bankern, nein, wir sind's auch mit all

jenen, die seit Jahren und Jahrzehnten ihr Ererbtes, Erschenktes, Ergaunertes, Er-Steuer-hinterzogenes, Erheiratetes etc. zwecks Vermehrung in Papieren, Investment- und Hedgefonds aller Art angelegt haben, auch hochspekulativen und -riskanten. Weil: gerettete Banken heißt auch gerettete Gstopfte. Die hätte es sonst ordentlich erwischt, wären wir nicht solidarisch gewesen.

SOLIDARISCH MIT GLÄUBIGERN ...

Ja und wir haben die alle zusammen – die Vermögenden, die Banken, die Erben – nicht nur einmal gerettet, nein sondern gleich nochmal. Was wir an Rettungsschirmen gespannt haben! Banken verleihen Geld. Auch an Staaten. Vermögende kaufen Wertpapiere. Auch von Staaten. Staatsanleihen etwa. Was aber, wenn ein Staat – teilweise selbstverschuldet, teilweise wegen der Krise, teilweise wegen der makroökonomischen Ungleichgewichte in EUropa – seine Schulden nicht mehr bedienen kann? Zum Beispiel Griechenland. Zum Beispiel Irland. Tja, dann hab'n vor allem die Gläubiger – die Banker, Staatsanleihenbesitzer, die Investoren, ob diese nun Einzelpersonen sind, oder Investmentfonds oder Pensionsfonds – ein Problem. Die drohen um Zigmilliarden umzufallen, drohen ihr ganzes Vermögen zu verlieren! Kein Problem, schnüren wir halt einen neuen Schutzschirm zum Bankenret-

tungspaket dazu. Einen Euro-Schutzschirm. Weil unser aller Solidarität gefragt ist. Für die Banken. Für die Investoren. Für die Vermögenden.

NULL SOLIDARITÄT MIT DEM PLEBS

Nicht solidarisch sollten wir dagegen mit der Bevölkerung der entsprechenden Länder sein. Die wurde ordentlich geschröpft, da wurde und wird an Sozialleistungen, an öffentlichen Ausgaben für Pensionen, Gehältern der öffentlich Bediensteten, fürs Gesundheitssystem, für Arbeitslose zusammengestrichen, was nur geht. In Griechenland. In Irland.

Geordnete Insolvenzverfahren für Staaten gibt's ja keine. Keinerlei Beiträge, um die Schuldensituation der Länder und damit die harten Konsolidierungsmaßnahmen für die Bevölkerung abzufedern, kamen übrigens von den Gläubigern, von Banken, Fonds, Vermögenden. Im Gegenteil: die spekulierten auch noch ganz munter auf die Staatsanleihen und cashten nochmals ab. Ja, ja, dafür, genau dafür sind wir solidarisch.

AUS DER KRISE GELERNT? ABER WOHER!

Die Wirtschaftskrise ist uns recht teuer gekommen. Das wissen wir alle. All die Rettungspakete, die Steuerausfälle, die steigende Arbeitslosigkeit,



MARKUS KOZA
IST UG-VERTRETER IM
ÖGB-BUNDESVORSTAND
UND MITARBEITER DER
AUGE/UG IN WIEN.



haben doch einiges gekostet. Die Budgetdefizite und die Staatsschulden sind gestiegen. Wie bereits erwähnt: die Staatsschulden und die Defizite haben eine Ursache. Nun könnte mensch ja eigentlich erwarten, dass wir alle aus der Krise etwas klüger geworden sind. Eh nicht viel, das wäre zu viel der Erwartung. Nun könnte mensch zum Beispiel versuchen, so manche Ursachen für die Krise – die naheliegenden – anzupacken. Etwa die ungleiche Verteilung der Vermögen und der Einkommen – weil etwa Gewinnsteuern über Jahrzehnte hindurch runtergeschraubt worden sind, ebenso Spitzensteuersätze und Vermögenssteuern überhaupt verschwindend gering waren. Und all das Geld wurde munter veranlagt, auf der Jagd nach den höchsten Renditen. Und vollkommen liberalisierte und deregulierte globale Finanzmärkte und deren Institutionen erfanden ständig neue Produkte, noch riskanter, noch undurchschaubarer, noch spekulativer, die noch mehr Rendite versprachen. Bis eben alles einmal platzte. So die – zugegebenermaßen in der Kürze ausgesprochen unscharfe Analyse. Für weitreichendere Analysen sei unter anderem der Blog des „Beirats für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen“ (beigewum.at/category/blog/) empfohlen.

So: wird das nun alles angegangen, also die Krisenursachen? Etwa im Zuge der Krisenbewältigung, das nun die für die Krise aufzukommen haben, welche für das Entstehen derselben verantwortlich zeichnen? Dass jene die Budgets konsolidieren, die gerettet worden sind, und so vor viel mehr bewahrt wurden als den Beiträgen die sie nun endlich zu leisten haben? Ja, wurden am Ende gar Finanzmärkte reguliert, hochriskante Produkte verboten, eine Finanztransaktionssteuer eingeführt? Aber mitnichten!

EU: DIE MARKTRADIKALEN KEHREN ZURÜCK

Nein, es ist noch viel schlimmer: Die Wirtschaftskrise, die Finanzkrise soll, geht es nach den Marktradikalen und Marktreligiösen in der EU-Kommission, aus dem Bewusstsein verdrängt werden, das neue – alte – Böse wird nun wieder in der Staatsverschuldung, in den Budgetdefiziten gesehen. Finanzkrise? Wirtschaftskrise? Aber wo.

Staatsschuldenkrise! Das ist das wahre Problem. Und in allen den Mitgliedsländern, die viel zu wenig unternehmen oder unternommen haben, den Abbau derselben – also der Defizite und der Schulden – auch wirkungsvoll zu betreiben. Nun, dass

Irland etwa demaleinst als Musterland gefeiert wurde – was Defizite, Schulden, wirtschaftliche Entwicklung etc. betraf – und heute mehr unter, als am Boden liegt, zeigt nur einmal mehr, wie trügerisch und wenig aussagekräftig willkürlich, vor allem aber ideologisch ausgewählte beziehungsweise festgelegte ökonomische Kennziffern tatsächlich sind, insbesondere zur Beschreibung einer – wie wir inzwischen wissen vermeintlichen – Erfolgsgeschichte.

Nichtsdestotrotz hält die EU-Kommission an ihrer neoliberalen Agenda, die uns schon in die Katastrophe geführt hat, nicht nur unbeirrt und konsequent fest, sondern sie verstärkt diese auch noch. So soll unter anderem der Stabilitäts- und Wachstumspakt (SWP) verschärft werden, ein Überwachungsmechanismus bei volkswirtschaftlichen Ungleichgewichten eingeführt werden:

- So soll künftig die Budget- und Staatsschuldenpolitik der Länder stärker überwacht werden und insbesondere das Schuldenkriterium (Staatsschulden dürfen nicht höher als 60 Prozent des BIP sein) an Bedeutung gewinnen. Über geplante Ausgabenregeln soll ein permanenter Spardruck erzeugt werden und auf Ausgabenhöhe und -struktur besonderes Augenmerk gelegt werden. Werden Empfehlungen beziehungsweise Ermahnungen nicht eingehalten, setzt es saftige Strafzahlungen, die de facto automatisch in Kraft treten und nur innerhalb von 10 Tagen (!) von einer qualifizierten Mehrheit des EU-Rats – also aller Mitgliedsländer – abgelehnt werden. Wer die europäische Diskussion seit längerem verfolgt, weiß dabei genau, worauf die Ausgabenregeln wohl hinauslaufen werden: auf einen Rückbau des öffentlichen Pensions- und Gesundheitssystems, auf jene Staatsausgaben, die eine besondere Dynamik aufweisen, aber für den sozialen Zusammenhang und für die Soziale Sicherheit besonders wichtig sind. Da ist offenbar keine Solidarität gefragt ...

- Für GewerkschafterInnen ganz besonders heikel ist der Überwachungsmechanismus bei volkswirtschaftlichen Ungleichgewichten. Dieser zielt darauf ab, europäische Länder

Europäischer Aktionstag gegen unsoziale Sparpolitik

Demonstration am 9. April 2011 in Budapest.



15. Dezember 2010: Europaweite Protestaktionen gegen arbeitnehmerInnenfeindliche Sparmaßnahmen

Das EGB-Präsidium hat beschlossen im Rahmen eines weiteren Europäischen Aktionstages gegen die unsoziale Sparpolitik in Europa eine Demonstration zu organisieren. Zahlreiche GewerkschafterInnen aus ganz Europa sollen teilnehmen.

Anlass: Ungarn hat zu diesem Zeitpunkt die EU-Ratspräsidentschaft inne. Beim geplanten europäischen Aktionstag in Budapest soll für die Forderungen der europäischen Gewerkschaften für ein Europa des sozialen Fortschritts und gegen Sparprogramme und Sozialabbau zu Lasten europäischer ArbeitnehmerInnen demonstriert werden.

Geplant ist, dass der ÖGB die Teilnahme von ungefähr tausend ÖsterreicherInnen organisiert. Meldet Euch bei euren Gewerkschaften, wenn ihr mitfahren wollt!

Bitte umblättern

nach bestimmten ökonomischen Indikatoren zu bewerten und entsprechende Empfehlungen auszusprechen, die bei Nichtbefolgung ähnlich wie bei den Verschärfungen im SWP zu Sanktionen führen. Im Fokus stehen dabei auch Leistungsbilanzungleichgewichte – also die Ungleichgewichte zwischen Export- und Importstaaten. Und da wird's für ArbeitnehmerInnen besonders happig: in Zeiten der gemeinsamen Währung ist Abwertung – um Exporte zu verbilligen und Importe zu verteuern und so die Leistungsbilanz auszugleichen – nicht mehr möglich. Die Staaten haben tatsächlich kaum eine Möglichkeit, diese Ungleichgewichte zu beeinflussen. Außer – ja außer – über Eingriffe in die Lohnpolitik, in die Tarifautonomie, um so über niedrigere Löhne die Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen. Das hat natürlich eine neoliberale Schlagseite. Das Rezept „Löhne runter“, zur Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit, wird von Seiten der EU-Kommission im Rahmen des EU-Rettungspakets munter betrieben. Gelebte europäische Solidarität mit den unmittelbar am stärksten Krisenbetroffenen.

Der inzwischen gewarnte ÖGB in einem Brief an den Bundeskanzler: „Die Gewerkschaften in Irland und Griechenland berichten, dass Kommissionsbeamte die Rolle des Sozialen Dialogs und der Kollektivvertragsverhandlungen offensichtlich ignorieren und direkt in die Lohnpolitik eingreifen. Neben Kürzungen bei Mindestlöhnen und Pensionen sollen auch die Arbeitsmärkte ‚flexibilisiert‘ werden ... Im Falle Irlands geht der zuständige Kommissionsbeamte noch einen Schritt weiter und fordert, dass Löhne wörtlich ‚Marktbedingungen‘ widerspiegeln sollten und die ‚Starrheit‘ von Löhnen zu reduzieren sei. Damit werden konkrete Forderungen nach Einschnitten bei der Allgemeingültigkeit von Kollektivverträgen verbunden.“ Und weiter: „Diese Vorgehensweise verletzt klar die Autonomie der Sozialpartner und der Kollektivvertragsverhandlungen, die durch die Charta der Grundrechte ausdrücklich geschützt werden. Sie widerspricht auch allen bisherigen Aussagen der EU-Kommission zur wichtigen Rolle der Sozialpartner, des Sozialen Dialogs und gesicherter Arbeitsbedingungen ... Offensichtlich bewahrheiten sich nun

die vielfach geäußerten Befürchtungen, dass die ArbeitnehmerInnen in der EU einen Großteil der Krisenfolgen zu tragen haben, während es nur ein sehr zögerliches Vorgehen bei der Korrektur der Fehlentwicklungen am Finanzmarktsektor und ein verhaltenes Gegensteuern gegen die Verursacher dieser Krise, wie etwa Spekulanten, Hedge Fonds und den Bankensektor gibt.“ Und Bezug nehmend auf die geplanten neuen, wirtschaftspolitischen Vorhaben der EU-Kommission: „Darüber hinaus warnt der ÖGB davor, dass die derzeit diskutierten Vorschläge für eine europäische Economic Governance weitere Gefahren einer ungerechtfertigten Einmischung in Lohnpolitik und die Autonomie der Sozialpartner bergen. Die aktuellen Vorgänge in Irland könnten somit nur ein Vorgeschmack auf einen generellen Politikansatz sein, der dann auch die Rechte der ArbeitnehmerInnen in anderen Mitgliedsstaaten trifft.“

AUTORITÄRER KAPITALISMUS

Die Solidarität der EU gilt den ökonomischen Eliten, den Geldeliten. Alle bisherigen und geplanten Maßnahmen zielen darauf ab. Ursachenforschung – gibt es keine. Ursachenbehebung erst recht nicht. Die Krise war ein Betriebsunfall. Nicht mehr. Also: weiter wie bisher. Und schärfer, als je zuvor.

Autoritärer Kapitalismus halt, basierend auf Entdemokratisierung der Wirtschaftspolitik – etwa über noch strenger sanktionierbare Budgetrestriktionen und Ausgabenregeln, verbunden mit einem Strafautomatismus – die nationalstaatliche, parlamentarische Mitbestimmung demokratisch gewählter Abgeordneter praktisch vollkommen aushebelt.

Und basierend auf quasi-verordnete Entsolidarisierung – über radikalen Abbau solidarisch finanzierter, sozialstaatlicher Sicherungssysteme bei Pensionen und Gesundheit und über Eingriffe in Lohnfindungsprozesse und Lohnpolitik. Dafür jede Menge Solidarität, milliardenschwere Rettungspakete und Schutzschirme für die Geldeliten – koste es, was es wolle. Wir zahlen dafür – durch Demokratie- und Sozialabbau.

Nationalistische und rechtsextreme Parteien dürfen sich die Hände reiben. Den Feinden Europas fallen die Stim-

men in den Schoss. Der autoritäre Kapitalismus von EUropa befördert EUfeindliche, nationalistische Kräfte in diesem Europa. Der autoritäre Kapitalismus befördert die Faschisierung unserer Gesellschaft.

NEUPOSITIONIERUNG DER LINKEN ZUR EU GEFRAGT

Ein Mehr an europäischer Integration ist unter oben genannten Vorgaben eine gefährliche Drohung, zielt diese Integration doch auf die Zertrümmerung sozialer Errungenschaften und von Sozialstaatlichkeit im Sinne marktradikaler Ideologien ab. Winzige Schritte in Richtung sozialeres und demokratischeres Europa dürfen nicht über die riesigen Sprünge in Richtung autoritärem, europäischem Kapitalismus hinwegtäuschen.

Die politische Linke – hier vor allem SozialdemokratInnen und Grüne – und die Gewerkschaften, denken sie tatsächlich europäisch, werden ihr Verhältnis zu diesem EUropa neu und vor allem deutlich kritischer bis klar ablehnend definieren müssen. Eine wirklich europäische Linke muss versuchen, diesen ökonomischen Integrationsprozess in Richtung autoritärer Kapitalismus zu stoppen, will sie eine weitere Stärkung nationalistischer, antieuropäischer und rechtsextremer Kräfte verhindern.

Diese EU ist definitiv nicht unser Europa. Die EU war schon über die konstituierenden Momente – die berüchtigten vier Freiheiten – nicht das Europa der ArbeitnehmerInnen und sozial Marginalisierten, sondern der ökonomischen Eliten.

Wie diese EU sozialer, gerechter, demokratischer und ökologischer werden könnte – dafür liefern linke und alternative ÖkonomInnen, GewerkschafterInnen, PolitikerInnen und Intellektuelle seit Jahrzehnten jede Menge Ideen und Vorschläge (zum Beispiel Memorandum-Gruppe). Potentielle AdressatInnen zeigen sich – zumindest bislang – allerdings taub. So bleiben grundlegende Reformansätze ungehört und reine Theorie. Wenn wundert's da wirklich, dass die Zahl der EU-GegnerInnen und -Frustrierten immer größer wird?

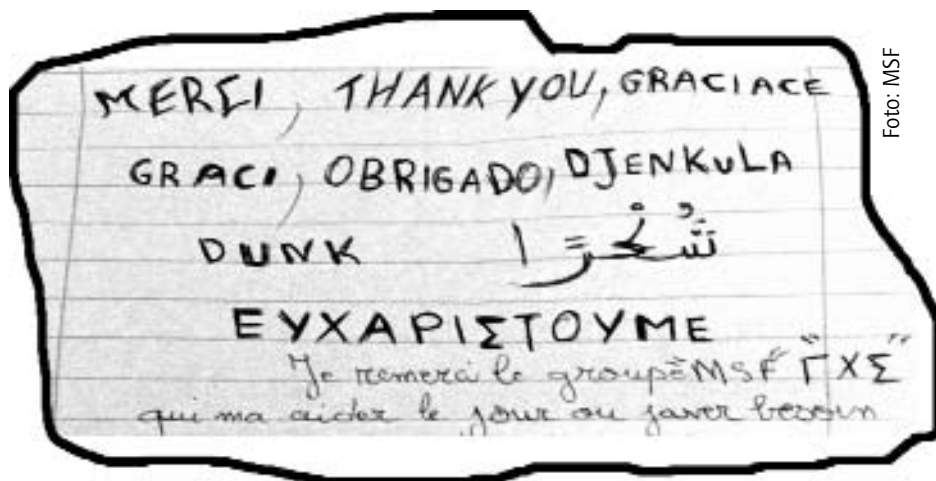


Foto: MSF

„ICH LEBE IN DER HÖLLE

Ich bin nun bereits seit 64 Tagen in dieser Polizeigrenzstation inhaftiert und die Bedingungen sind unvorstellbar. Im Moment befinden sich 124 Menschen in meiner Zelle. Die Zelle ist sehr klein, sie ist eigentlich nur für 35 Personen gedacht.

Es ist nicht genug Platz, um sich hinzulegen und zu schlafen, man kann nicht auf die Toilette gehen, nicht einmal die einfachsten Dinge tun. Wenn Essen verteilt wird, dauert es zwei Stunden, bis jeder seinen Anteil bekommt, die Menschen kämpfen gegeneinander. Wir sind so viele hier, dass wir uns nicht bewegen können, wir können kaum atmen. Jede Nacht träumen wir von einem erholsamen Schlaf. Aber am Morgen erwachen wir mit Schmerzen am ganzen Körper.

Alle Menschen, die hier inhaftiert sind, erreichen einen Punkt, an dem sie nicht mehr wissen, wie all das ihren Körper und ihre psychische Verfassung beeinflusst. Ich weiß nicht, wie wir weiter mit diesen Lebensbedingungen umgehen können, und wie es mit uns weitergeht. Wir haben Angst, dass wir hier drinnen verrückt werden.

Wir werden wie Tiere behandelt, schlimmer als Tiere, und das macht uns furchtbar müde. Es interessiert sie nicht, dass wir auch Menschen sind. Ein menschliches Wesen sollte zwei Meter Platz haben, um sich bewegen zu kön-

und habe nur noch Alpträume". Ein betroffener Migrant schildert die Zustände in der griechischen Polizeistation Evros.

nen, sollte in den Hof gehen können, ein wenig Freiraum haben – warum werden wir wie Tiere behandelt? Ich weiß, ich bin ohne Papiere hierher gekommen, aber warum muss ich auf diese unmenschliche Art und Weise dafür bezahlen? Ich habe nie einer anderen Person etwas in der Art angetan. Sie sollten nicht über mich urteilen; sie kennen mich überhaupt nicht. Die Lebensbedingungen hier sind sehr schlimm, aber was mich noch fertiger macht, ist unsere Behandlung. Niemand redet mit uns, sagt uns, wann wir diesen Ort verlassen werden, wann wir entlassen werden. Sie sagen nur: „Ich weiß es nicht, vielleicht heute, vielleicht morgen...“ Ich würde wirklich gerne wissen, wo die Person ist, die uns sagen kann, was mit uns passieren wird. Wir haben hier all unsere Hoffnung verloren. Vor einigen Monaten habe ich davon geträumt, mein Heimatland zu verlassen, weil die Lage dort sehr schwierig ist. Ich habe davon geträumt, nach Frankreich zu gehen, um bei mei-

ner Familie zu sein. Ich habe gehofft, mit ihnen zu leben, aber jetzt habe ich jegliche Hoffnung verloren.

Ich wollte nicht nach Griechenland kommen und hier bleiben. Es war für mich nur ein Zwischenstopp auf dem Weg nach Frankreich. Als ich noch in meiner Heimat war, hatte ich in verschiedenen europäischen Ländern ein Visum beantragt. Ich habe jedoch keines bekommen, obwohl ich Tausende Euro bezahlt habe. Dann hörte ich von Freunden, dass einige Leute über Griechenland nach Europa gekommen waren und dass es nur zwei Tage gedauert hat, ins Land zu kommen. Deshalb habe ich mich entschlossen, ebenfalls diese Reise anzutreten. Aber ich hatte keine Vorstellung davon, wie schrecklich die Situation hier sein würde.

Ich kann nicht mehr von meiner Zukunft träumen. Ich lebe in der Hölle und habe nur noch Alpträume. Es muss sich dringend etwas ändern. Ich weiß nicht, wie ich diese Situation weiter ertragen kann. Ich sehe keine Zukunft. Ich will nur bei meiner Familie sein. Niemand hier sieht eine Zukunft. Niemand kann an etwas anderes denken, als an diese Hölle, die wir hier durchleben. Wann werde ich entlassen?

Das einzige, was uns hier drinnen Hoffnung gibt, ist die Präsenz von Ärzten ohne Grenzen. Ich weiß nicht, was ich tun würde, wenn das Team nicht hier wäre. Deshalb habe ich diesen Brief an Ärzte ohne Grenzen geschrieben, um dem Psychologen und dem Team zu danken und meine Wertschätzung für ihre Arbeit hier zu zeigen. Aber ich habe vier Stunden gebraucht, um diesen Brief zu schreiben. Mir sind die Wörter nicht eingefallen, ich habe sie vergessen. Wenn du hier eingeschlossen bist, dann verlierst du dich selbst, du verlierst die Worte. Die einzigen Wörter, die ich anfangs schreiben konnte, waren „Helft uns, helft uns, helft uns...“

Evros, Griechenland, 27. Jänner 2011: In diesem Brief dankt ein betroffener Migrant Ärzten ohne Grenzen für die Unterstützung im Auffanglager Evros. Seit über zwei Monaten ist er hier inhaftiert.

Mit vollem Elan in die Tage der Ungewissheit.
 Von Werner Scheurer, Kairo.

WOHIN STEUERT ÄGYPTEN?

Überrascht vom eigenen Erfolg muss sich die Protestbewegung in Ägypten politisch organisieren. Und dies in einem rechtlichen Vakuum, von dem niemand weiss, wie und wann der Hohe Rat der Streitkräfte es füllen wird.

Nach achtzehn Tagen Aufruhr scheint Kairo zur Normalität zurückzukehren. Die Geschäfte sind wieder geöffnet, das Ausgehverbot ist deutlich verkürzt. Damit sind auch die zweifelhaften Bürgerwehren, die in den Quartieren mangels ausreichender Polizei- und Armeekräfte für Ruhe und Ordnung sorgen sollten, verschwunden, ebenso die Schlangen vor Bäckereien und Gemüse- und Fleischhändlern. Die Facebook-Jugend hat den Tahrir-Platz geputzt – dass sie sich dafür Plastikhandschuhe überzogen, fanden ihre RevolutionsgenossInnen aus armen Quartieren ziemlich lustig. Nun strömt auf den Platz der alltägliche Verkehr und kommt hupend ins Stocken wie eh.

WER IST DIESER MILITÄRRAT?

Nur die an strategischen Stellen aufgestellten Armeepanzer zeigen, dass sich etwas geändert hat – wobei: Auch vor dreissig Jahren, nach dem Attentat auf Präsident Anwar as-Sadat standen Panzer in der ganzen Stadt und sicherten den Übergang zum Regime von Hosni Mubarak. Was garantiert, dass diesmal alles besser herauskommt?

Es war Mubarak, der dem Hohen Rat der Streitkräfte vor einigen Tagen die Macht übertragen und damit die Ver-

fassung ausser Kraft gesetzt hat – diese hätte andere Nachfolgeregelungen vorgesehen. „Wer ist denn dieser Rat überhaupt? Von dem habe ich noch nie gehört und keine Ahnung, wer dort drin sitzt“, wundert sich der Kunstprofessor Paul Geday im Garden City Club, einem vom Industriemagnaten Nagib Sawiris gesponserten intellektuellen- und Künstlerzirkel. Tatsächlich trat ein solcher Hoher Rat in der Geschichte Ägyptens erst zweimal zusammen – während der Kriege von 1967 und 1973 gegen Israel.

Der Hohe Rat löste das letzten Herbst in gefälschten Wahlen zustande gekommene Parlament auf, belies jedoch das in letzter Minute von Mubarak eingesetzte neue Kabinett voller alter Gesichter unverändert im Amt. Weder haben die Militärs das seit dem Sadat-Attentat geltende Notrecht abgeschafft noch politische Gefangene oder alle während der Proteste festgenommenen DemonstrantInnen freigelassen.

Im Gegenteil: Ägyptische Menschenrechtsgruppen kratzen am guten Image der Armee, die von der Protestbewegung mit dem Slogan „Die Armee und das Volk sind eine Hand“ begrüsst und gefeiert wurde. Sie beschuldigen das Militär, während der Unruhen Hunderte, wenn nicht Tausende von DemonstrantInnen verhaftet, zum Teil gefoltert und massiv eingeschüchert zu haben. Viele von ihnen werden immer noch vermisst – laut Human Rights Watch mindestens achtzig Personen.

VIELE HOFFNUNGEN

Wem der Hohe Rat Regierungskompetenzen übertragen wird, ist unklar. Zwei seiner Mitglieder haben sich am Sonntag mit einer Delegation der Protestierenden getroffen. Laut deren Protokoll vom Treffen versprachen die Armeevertreter angeblich, in den nächsten zehn Tagen einen Verfassungsentwurf zu erstellen und das Volk innerhalb von zwei Monaten darüber



abstimmen zu lassen. Die Armeeseite hat diesen Zeitrahmen inzwischen bestätigt, es sollen aber vorderhand nur die sechs umstrittensten Verfassungsartikel geändert werden. Am Mittwoch fand ein weiteres Treffen zwischen der Armee und der Bewegungsdelegation statt.

Dabei drängt die Zeit. Die Hoffnungen der Menschen nach dem raschen und überraschenden Sieg über das Regime Mubarak sind gross, und die

Hoffnung, dass er vielleicht nicht zum Heer von neun Millionen über 35-jährigen ledigen Männern gehören werde, sondern bald seine Liebe finden und dank besserer ökonomischer Verhältnisse auch heiraten können werde. Und im Hotel fragt der Rezeptionist: „Meinst du, wir können bald in der Welt herumreisen wie ihr und die Araber aus dem Golf?“

So viele Wünsche, und noch ist völlig unklar, welches die ersten Schritte sein

Innen der Menschenrechte aufgespalten. Auch die noch am besten organisierte Oppositionsbewegung Ägyptens, die Muslimbrüder, hat sich seit ihrem Wahlerfolg von 2005 zerstritten. Am Montag dieser Woche kündigte sie an, aus ihrer „sozialen Bewegung“ eine eigentliche Partei zu formen – „sobald eine veränderte Verfassung dies zulässt“. Die Protestbewegung der „Jugend des 25. Januar“ wurde zwar von etlichen Bürgerbewegungen getragen – keine davon ist jedoch eine Partei mit einem Programm. Dazu müssen sie sich nun erst noch formieren, und einige sind fleissig daran: Mehrere „Roadmaps“ für die nächsten Schritte verschiedener Foren, Koalitionen und Ligen sind im Umlauf.

VIELE FRAGEN

Die Vorschläge gehen weit auseinander: Soll es weiterhin ein Präsidialsystem geben oder ein parlamentarisches System? Proporz- oder Mehrheitswahlen? Welches Wahlrecht? Bisher mussten sich die BürgerInnen in Wahllisten eintragen – wer gegen das System war, foutierte sich um diesen Wahlausweis. Wer kann künftig wählen gehen? Es ist nicht mal klar, was aus Omar Suleiman, dem kurzfristig zum Vizepräsidenten beförderten Geheimdienstchef, geworden ist: Spielt er, wie es sich die USA wünschten, noch eine Rolle, oder ist er wie Mubarak irgendwo in einem inneren Exil?

So viele Fragen, von denen sogar umstritten ist, an wen sie zu richten sind. Die Menschen auf dem Tahrir-Platz forderten: „Madania, misch askaria!“ – einen zivilen, und keinen militärischen Staat. Der Hohe Rat der Streitkräfte erklärte am Dienstag, er suche die Macht nicht, und er „hoffe, innerhalb von sechs Monaten die Führung einer zivilen Behörde, einschliesslich einem gewählten Präsidenten“ übergeben zu können.

Quelle: Wochenzeitung – WOZ, 17. 2. 2011.



Geduld scheint klein. Anfang Woche streikten die Bankangestellten für bessere Löhne und für die Entlassung ihrer Bosse. Am Montag gingen Polizisten für das Gleiche auf die Strasse – und für die Strafverfolgung ihres früheren Bosses, des Innenministers Habib al-Adly. Tourismusangestellte demonstrieren für die Rückkehr der TouristInnen. Ein Lehrer sagte einer Zeitung zum Valentinstag, der Umsturz gebe ihm

sollen. Mit wem wird der Hohe Rat verhandeln? Parteien gibt es zwar erstaunlich viele für ein so undemokratisches Land.

Doch die meisten sind bedeutungslos, aufgrund der staatlichen Repression, aber auch wegen innerer Streitigkeiten. Ähnlich sieht es auch bei nichtstaatlichen Organisationen aus: In nicht weniger als fünfzig Gruppen haben sich nun schon die Verteidiger-

Ich war nicht vorbereitet. Nach meiner Ankunft merkte ich sehr rasch, dass man nicht einfach so nach Bangladesh reisen kann. *Von Karl Öllinger.*

WENN EINER EINE REISE TUT

Wir waren auf Einladung der „United Nations Food & Population Agency“ (UNFPA) in Bangladesh. Die UNFPA ist jene UNO-Organisation, der vom früheren US-Präsidenten Bush die Mittel gestrichen wurden, weil sie den Schwangerschaftsabbruch nicht verurteilt und auch, weil sie sich sehr konsequent für die Rechte der Frauen einsetzt. Zweck der Reise war, Einrichtungen und Programme im Bereich der reproduktiven Gesundheit zu besuchen. Reproduktive Gesundheit, ein Begriff aus dem Englischen, den man in etwa, aber unzureichend, mit „Gesundheit rund um die Geburt“ übersetzen könnte.

WENIGER LAND, MEHR MENSCHEN

Bangladesh ist eine junge Nation, 1971 aus einem Unabhängigkeitskrieg und durch die Loslösung von (West)Pakistan entstanden. Rund 160 Millionen Menschen leben in dem Land – genauer weiß man es nach der Volkszählung, die gerade begonnen hat. Das Land hat die größte Bevölkerungsdichte der Welt (unter den Flächenstaaten) und damit ein Problem, das sich in den nächsten Jahrzehnten noch dramatisch verschärfen wird. Die 144.000 Quadratkilometer Landfläche werden bis 2050 zwischen ein paar bis zwanzig Prozent abnehmen. Das Land ist flach wie ein Brett und vom Anstieg des Meeresspiegels (Klimawandel!) massiv bedroht. Selbst wenn der Meeresspiegel nicht so stark ansteigt – die Versalzung und Erosion der Böden entlang der großen Flüsse machen bis 2050 einen nicht kleinen Teil des Landes unnutzbar. Dabei nutzen die Banglis oder Bengalen jeden Quadratzentimeter Land – hauptsächlich landwirtschaftlich. Mit Reis kann sich das Land derzeit gerade selbst versorgen. Gibt es aber ein Jahr mit großen Überschwemmungen, dann ist auch das nicht möglich. 2050 werden den knappen Boden aber bis zu 250 Millionen Menschen nutzen müssen.

Bangladesh ist jung und das heißt, die Bevölkerung wird in den nächsten Jahrzehnten weiter wachsen, obwohl es gelungen ist, die Fertilitätsrate von 7,0 pro Frau (1979) auf 3,3 (1999) und mittlerweile 2,5 (2009) abzusinken (da steckt auch viel UNFPA-Arbeit dahinter). Das ist sehr viel, weil dieser Rückgang ohne Zwang, über freiwillige Maßnah-

men der Geburtenkontrolle erfolgt ist und das ist noch beachtlicher, weil Kinder nach wie vor die Sozialversicherung ersetzen.

MOLOCH DHAKA

Dhaka, die Hauptstadt, ist doppelt so groß wie Österreich. 16 Millionen Menschen leben dort, davon mehr als die Hälfte in Slums, aber weil auch dort der Platz knapp ist, breiten sie sich in den Rest der Stadt aus: auf vielen Gehsteigen entstehen für die Nacht kleine, mit Plastikplanen abgedeckte Notbehausungen. Das mag auch damit zu tun haben, dass rund eine halbe Million Menschen (!) in der Stadt Rikschafahrer sind. Die Rikschas sind zumeist gemietet. Die ersten 10 bis 20 Kilometer pro Tag werden für den Vermieter gestrampelt, erst dann beginnt der eigene Verdienst. Apropos Verdienst: der Mindestlohn liegt in Bangladesh bei etwas mehr als 40 Dollar – im Monat natürlich.

Rikschafahrer haben keinen Anspruch auf Mindestlohn. Sie arbeiten ja wie die Mehrheit der Bevölkerung im informellen Sektor. Je nachdem, wo sie fahren, können sie mit einem bis zwei Dollar Verdienst pro Tag rechnen. Unfall, Krankheit? Pech gehabt – kein Verdienst! Im Gegenteil, der mörderische Verkehr in der Stadt macht den Job höchst gefährlich. Und am Abend, nach 14, 15 Stunden Arbeit geht sich das Nachhausefahren für viele nicht aus – zu groß die Distanzen. Deshalb schlafen viele unter den Planen am Gehsteig oder auch mal am Tag im Park.

Dhaka wird rasant weiter wachsen, nach den Prognosen auf unvorstellbare 25 Millionen Menschen und damit auf Platz 3 unter den Megacities vorstoßen. Den Zuzug gibt es, weil die Stadt die Jobs hat.

ZU BESUCH BEI H&M UND CO.

Wir haben in Dhaka eine Textilfabrik besucht. Nein, nicht eine, die für H&M produziert, das in Bangladesh einer der größten Auftraggeber im Textilsektor ist. Unsere Firma war eine kleine – mit 5000 Beschäftigten. Der Unterschied zu China ist wohl: Wir konnten in alle Abteilungen. Der Firmenchef und der Arbeitgeberverband Textil legten Wert darauf,

uns auch ihre Sozialeinrichtungen zu zeigen: kostenlose medizinische Betreuung, Kinder-, eigentlich Säuglingskrippe. Bezahlt wird tatsächlich der Mindestlohn – erzählen uns die ArbeiterInnen. Gearbeitet wird 10 Stunden am Tag. Überprüfen konnten wir das natürlich nicht wirklich. Unter den ArbeiterInnen auch solche, die sehr jung wirken: 12, 13 Jahre oder doch schon 14?

Die Arbeits- und Sozialgesetze wären ja gar nicht schlecht in Bangladesh. Es gibt einen Mutterschutz und Kinderarbeit ist verboten, aber das gilt natürlich nur im formellen Sektor. Die Textilindustrie ist ein boomender Sektor in Bangladesh. Die Produktion hier ist um ein paar Cent billiger als in Vietnam und die dort um ein paar Cent billiger als die in China.

Einen Boykott von Produkten aus Bangladesh hielte ich für falsch, auch wenn die Arbeitsbedingungen sehr heftig sind. Wichtig sind Kontroll- und Zugangsmöglichkeiten genauso wie soziale Standards. Die kritischen KonsumentInnen und Organisationen bei uns bewirken tatsächlich etwas.



VON DEN ZIEGELARBEITERN ZU DEN TEEPLANTAGEN

Nach 10 Stunden Fahrt von Dhaka sind wir in der Gegend von Sylhet angekommen. Dazwischen liegen zwar nur 300 Kilometer, aber die Autofahrt auf den verstopften Straßen ist ein Abenteuer der Sonderklasse: In der Finsternis tauchen Rikschafahrer neben LKWs, Baby-Taxis und Bussen vor dir auf – manchmal allesamt unbeleuchtet.

Aber eigentlich will ich von den Ziegelfabriken erzählen. Mehr als tausend gibt es rund um Dhaka. Im Winter sorgen ihre Emissionen (Brennholz gibt es kaum) zusammen mit dem fehlenden Wind und den Auto-Abgasen für einen wahrlich mörderischen Smog. Die Ziegelfabriken sind eigentlich Manufakturen – so wurde vermutlich vor über 100 Jahren am Wienerberg produziert. Wir bleiben stehen, um eine dieser Fabriken zu besichtigen. Die Arbeiter (da gibt's nur Männer) freuen sich über die Abwechslung, posieren vor uns, erklären, wie gearbeitet wird. Produziert wird in

den Monaten außerhalb der Regenzeit – dann steht das Land nämlich unter Wasser. Der Monatsverdienst kann hier hundert Dollar erreichen – 6, 7, 8 Monate lang. Eine Arbeitslosenversicherung gibt es nicht und auch keine Krankenversicherung.

In den Teeplantagen von Sylhet gelten wieder andere Arbeitsbedingungen. Der Manager der Plantage, die wir besuchen, erklärt uns wortreich, dass hier zwar nicht der Mindestlohn bezahlt, aber erreicht wird. Wie das geht? Nun, die ArbeiterInnen erhalten Lebensmittel zu einem günstigen Preis, können auch schmale Bereiche selbst bewirtschaften, haben kostenlose Gesundheitsversorgung u.s.w. Unser Beurteilungssystem kommt ins Schwanken: wer hat's besser: die Ziegelarbeiter, die in den Textilfabriken oder die in den Plantagen? Die Rikschafahrer schieden wir von vornherein aus.

Die ArbeiterInnen in den Teeplantagen haben geduldig zwei Stunden auf unsere (verspätete) Ankunft gewartet. Nach einer Diskussion, in der vor allem Frauen, aber auch Männer mehr Zeit für gemeinsame Diskussion über Familienleben und Aufklärung fordern, zeigen sie ein Kulturprogramm mit Theaterstück, in dem Sexualität, Aufklärung, aber vor allem Gewalt gegen Frauen abgehandelt wird. UNFPA fördert in den Teeplantagen Programme, die hier ihre Wirkung zeigen, aber wegen der zeitlichen Befristung und knappen Mittel von der Einstellung bedroht sind.

DIE VERSCHWIEGENE FRAUENKRANKHEIT

Mit der Gewalt gegen Frauen werden wir öfter konfrontiert: UNFPA (und andere) hat gemeinsam mit der Regierung in den größeren Städten des Landes Frauenhäuser gefördert. Eines der Probleme ist eine Krankheit, die im Englischen „Obstetric Fistula“ genannt wird. Es ist eine Krankheit, die in allen armen Ländern Afrikas und Asiens massenhaft verbreitet ist.

Heiraten ist in Bangladesh ab 18 erlaubt. Doch so wie beim Arbeitsrecht hält sich kaum jemand daran – geheiratet wird sehr früh. Geburten im Teenage-Alter, schlechte Ernährung, mangelnde Hygiene, Arbeit auch rund um die Geburt: das ist der Nährboden für die „Obstetric Fistula“, bei der die Frauen durch die Fistel die Kontrolle über Harn- oder Darmdrang verlieren. Die Folgen sind unendlich brutal. Die Frauen werden verstoßen oder beim Vieh einquartiert. Allein in Bangladesh erkranken jährlich Zehntausende Frauen daran. Abhilfe schafft nur eine ziemlich komplizierte Operation, die zwar kostenlos angeboten wird, aufgrund der Kapazitäten aber nur wenigen zur Verfügung steht.

Aufklärung und Unterstützung durch ausgebildete Hebammen könnte viel an diesem Elend von Frauen vermeiden helfen. Dafür braucht es Geld und geeignete Programme. Die „Obstetric Fistula“ eignet sich offensichtlich viel weniger als etwa HIV/AIDS dafür, Hilfsgelder zu aktivieren.

Bangladesh ist ein Land im Aufbruch. Die Armut ist sehr umfassend, für Europäer ziemlich heftig. Ich war nicht darauf vorbereitet, aber jetzt kann ich etwas erzählen.



Gegen den Strom



GEGEN DEN STROM

Vorführung des AUGÉ-Films „Gegen den Strom“:
Mittwoch, 13. April, 19 Uhr, Stiftgasse 8, 1070 Wien, Amerlinghaus.

Dieser Film beruht auf zwölf lebensgeschichtlichen Interviews mit Menschen aus der alternativen, gewerkschaftlichen und politischen Bewegung in Österreich. Ihre Erzählungen umspannen, über drei Generationen hinweg, neunzig Jahre wechselvoller Geschichte: Kindheit, Jugend in den proletarischen Milieus der Zwischenkriegszeit, Verfolgung und Widerstand gegen den Faschismus, Desillusionierung angesichts des Stalinismus, Aufbruch der neuen sozialen Bewegungen.

... und sie benennen, was es braucht, um gegen den Strom der jeweils herrschenden Macht zu schwimmen.

Martin Kempe

ERMUTIGUNGEN FÜR DEN AUFRECHTEN GANG IM BETRIEB



Seit den 1980er-Jahren hat die Politik mit dem Sachzwang-Argument den gesellschaftlichen Desintegrationsprozess durch Deregulierung sozialer und arbeitsrechtlicher Schutzgesetze nachhaltig gefördert. Heute steht sie hilflos vor einem sozialen Scherbenhaufen: die Zwei-Drittel-Gesellschaft hat sich zu einer Drei-Drittel-Gesellschaft gewandelt. Das heißt, es gibt eine reiche Ober- und Mittelschicht und eine neue Unterschicht in prekären, schlecht bezahlten, unsicheren und entrechteten Arbeitsverhältnissen (in Österreich etwa fünfhunderttausend Personen, mehr als die Hälfte davon sind Frauen). Das Drittel in der Mitte ist zwar noch in das Arbeitssystem integriert, aber bei zunehmender Unsicherheit, vielfach in Scheinselbstständigkeit und mit erhöhtem Risiko in das untere Drittel abzurutschen oder – wie die „Generation Praktikum“ – gar nicht mehr aufzusteigen.

Durch diese Entwicklung werden immer mehr arbeitende Menschen den tradierten Einflussbereichen der Gewerkschaften entzogen. Angesichts der sich ausbreitenden „weißen Flecken“ werden die Interessenvertretun-

gen der Arbeitenden immer öfter gezwungen, wie im 19. Jahrhundert, ganz von vorne anzufangen. Zentral für einen solchen Neubeginn ist die Selbsttätigkeit der Betroffenen, anders als es bisher der gewerkschaftlichen Praxis entsprach.

Das zeigt anschaulich ein Sammelband mit sechs Fallbeispielen für den aufrechten Gang im Arbeitsleben im Deutschland des Jahres 2009. Das vom ehemaligen Chefredakteur der verdi.-Mitglieder-Zeitung zusammengestellte Buch will dabei kein Ratgeber nach dem Motto „Wie organisiere ich Gegenwehr in prekären Arbeitsverhältnissen“ sein (obwohl konkrete Fälle von „organizing“ in einem Klinikum und einem Streik unter IT-Profis geschildert werden). Vielmehr soll an Hand von konkreten Beispielen einfach nur gezeigt werden, dass Ohnmacht und Fatalismus, Resignation und Schicksalsergebenheit keineswegs naturnotwendige Reflexe auf die unveränderbar scheinenden undemokratischen Machtverhältnisse hinter dem Büro-(Fabriks-)Tor sind.

FRITZ KELLER